Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 46 | **Berlin, den 15. November 1930** | **5. Jahrgang**

Hannemann, geh du voran.

Nachdem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund kürzlich zu den Zeitnöten Stellung genommen und seine Vorschläge zur Milderung der Krise gemacht hatte, kamen auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der im Scharfmachen tonangebende Langnamenverein dazu, ihre wirtschaftlichen Forderungen aufzustellen und der Oeffentlichkeit zu übergeben. Sie bestehen, in aller Kürze ausgedrückt, darin:

Die Selbstkostengestaltung der deutschen Wirtschaft, soweit sie durch den Lohn beeinflußt wird, kann nur durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichbleibendem Schicht- und Wochenlohn erreicht werden. Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich lehnt die Vereinigung strikt ab, weil sie in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen einer Lohnerhöhung und damit der Erhöhung der Selbstkosten gleichzusetzen sei. Weiter erklären die Arbeitgeberverbände: Eine über den jetzigen Umfang hinausgehende Ausdehnung der Notstandsarbeiten ist ebenfalls kein geeignetes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, da die Bereitstellung der notwendigen Kapitalmengen die entsprechende Entziehung von Kapital für die produktive private Wirtschaft und damit die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit an anderer Stelle bedeuten würde. Die Notstandsarbeiten in ihrem jetzigen beschränkten Umfange sind zu empfehlen, weil diese Arbeiten eine wirksame Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Prüfung der Arbeitswilligkeit des Erwerbslosen darstellen. Eine gleiche Entlastung muß durch möglichste Erweiterung der Pflichtarbeit gemäß § 91 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Rahmen der zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen erstrebt werden. Die gleichen Gründe, die einer weiteren Ausdehnung der Notstandsarbeiten hindernd entgegenstehen, lassen die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht zur Zeit unmöglich erscheinen. Jede Gewährung öffentlicher Mittel an private Betriebe ist abzulehnen. Soweit öffentliche Mittel an private Betriebe gegeben werden, ist dies nur in Fällen besonderer Art zu rechtfertigen und müssen der strengsten Kontrolle unterstehen.

Der Langnamenverein bewegte sich in der gleichen Bahn, auch bei ihm ist die Lohn- und Gehaltssenkung die unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Aufstiegs. Die Arbeitszeitverkürzung wurde abgelehnt.

Die Unternehmer haben gesprochen und gefordert, die Arbeiter haben das getan, und nun kann die Krise ihren Fortgang nehmen. Das ist wohl die allgemeine öffentliche Auffassung. Die Oeffentlichkeit irrt aber schwer, wenn sie meint, damit ist das Problem genug beleuchtet und behandelt. O nein! Das Problem muß gelöst werden, wenn es in der deutschen Wirtschaft anders werden soll. Die großen Schwierigkeiten kommen also erst; denn die beiden Faktoren der Wirtschaft, Arbeitskraft und Kapital, kommen sich nicht entgegen, weil beide auf ihrem entgegengesetzten Standpunkte beharren.

Es ist aber auch unmöglich für einen Arbeiter, die sture Haltung der Unternehmer in bezug auf die Wirtschaft zu begreifen. Wenn schon die Lohnsenkung verlangt wird, warum schafft das Unternehmertum nicht die Vorbedingungen dafür und übt den noch stärkeren Druck auf die Preise aus. Die sogenannten Wirtschaftsführer haben doch die Preissenkungsmöglichkeiten in der Hand und Druckmittel im stärksten Maße, warum handeln sie denn nicht und geben ein nachahmenswertes Vorbild? Warum üben sie nach dieser Richtung ihre Macht nicht aus? Warum wirken sie nicht mit allen Mitteln für eine Zinsverbilligung, die doch unser Wirtschaftsleben noch mehr bedrückt als die Löhne? Warum schaffen also die starken Wirtschaftsführer nicht erst die allernächsten Voraussetzungen in ihren eigenen Reihen für die Durchsetzung der Forderungen? Wo ist denn der Industrielle, von dem Georg Müller-Oerlinghausen sagt: „Der Industrielle soll den Mut zum ehrlichen Verdienen wiedergewinnen, aber er soll ebenso mutig und als erster im Verzichten vorangehen, wenn unvermeidliche Verlustzeit eintritt." Sonach muß doch bisher bei den Industriellen beim Verdienen nicht alles in Ordnung gewesen sein, sonst brauchten sie den Mut zum ehrlichen Verdienen nicht wiedergewinnen. Aber von Worten haben die Arbeiter und die Wirtschaft nichts, sie wollen Taten von den vorangehenden Verzichten und vom ehrlichen Verdienen sehen.

Die Unternehmer und ihre Vertreter sprechen immer davon, daß sie mit der Herabsetzung der Löhne und Gehälter die Produktionskosten vermindern wollen, sie setzen die Löhne mit den Rohstoffpreisen und anderen Produktionskosten gleich, sie übersehen jedoch dabei, daß die Löhne in ihrem Endeffekt die Kaufkraft von Millionen Verbrauchern darstellen, was bei den anderen Produktionskosten bekanntlich nicht der Fall ist. Die Löhne herabsetzen, hat also ganz andere wirtschaftliche Auswirkungen als etwa die Herabsetzung anderer Produktionskosten, deshalb können sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht so ohne weiteres von den Darlegungen der sogenannten Wirtschaftsführer in dieser Frage überzeugen lassen. Sie sind um so mißtrauischer, weil sie vielfach wahrnehmen mußten, daß die Unternehmer und Wirtschaftsführer längere Zeit ihre Preisgestaltung in der früheren alten Höhe durchführten, trotzdem die Rohstoffe und andere Produktionskosten gesenkt waren. Ja, wir erleben es ja heute ganz drastisch, daß zum Beispiel landwirtschaftliche Erzeugnisse an die Händler zu Friedenspreisen abgegeben werden, daß sie aber von den Verbrauchern sündenteuer bezahlt werden müssen. Das wäre ein Gebiet, auf dem sich die Unternehmer betätigen und auf dem sie Wirtschaftslorbeeren ernten könnten. Sie tun es aber nicht. Ist ihnen das Eisen zu heiß? Die Arbeiterschaft und die Oeffentlichkeit ersehen aber daraus, daß die Senkung von Produktionskosten noch lange keine Senkung der Preise nach sich zieht. In den vergangenen Monaten sind die Preise für die Rohstoffe: Baumwolle, Kupfer, Gummi, Häute, Wolle, Jute usw. erheblich zurückgegangen, die Lohnkosten machen bei einem Teil der Rohstoffe in der Verarbeitung zu Fertigwaren nur geringe Kosten, bei Baumwolle nur 16 Proz. des Preises, wo blieb denn die Preissenkung beim Verbraucher in prozentualer Höhe des Sinkens der Rohstoffpreise?

Warum setzte da keine große Aktion der sogenannten Wirtschaftsführer ein, wodurch schließlich das ganze künstlich gehaltene Preisgebilde zum Sinken gekommen wäre. Das fragen wir uns. Wir wollen auch damit zum Ausdruck bringen, daß wir den Redensarten der Unternehmer gegenüber sehr mißtrauisch sind; denn sie vereinbaren sich gar nicht mit den tatsächlichen Verhältnissen, sie sind das Gegenteil davon. Deshalb sollen die sogenannten Wirtschaftsführer erst durch Taten beweisen, sonst kann ihnen die Arbeiterschaft keinen Glauben schenken. Also laßt Wirtschaftstaten sehen, damit das Vertrauen wieder wächst, ihr Herren der Wirtschaft, zeigt erst, daß ihr etwas könnt!

Man muß offen über die Dinge reden. Wir können uns nicht vorstellen, daß z. B. die Senkung der Löhne oder eine Verlängerung der Arbeitszeit eine Wiedereröffnung der vielen stillgelegten Ziegeleibetriebe, Kalk- und Zementwerke, Glashütten und Porzellanfabriken in allen Teilen Deutschlands nach sich ziehen kann, womit das Wirtschaftsleben in vielen Dörfern und Kleinstädten wieder in Gang käme, wodurch das Gewerbe und das Handwerk auch wieder Schaffensmöglichkeit bekäme. Die stillgelegten Ziegeleibetriebe, die Kalk-, Ton- und Zementwerke, die Glashütten und Porzellanfabriken sind doch nicht wegen der angeblich hohen Löhne und der kurzen achtstündigen Arbeitszeit stillgelegt worden, sondern weil in rationalisierten und mechanisierten Betrieben die Maschine der menschlichen Arbeitskraft in den kleinen Betrieben der stillen Dörfer ein Ziel setzte. Die fortschreitende Technik besiegte doch die menschliche Arbeitskraft, stellte sie frei und verriegelte ihr die Tore von Tausenden von Unternehmungen. Die technisierten Werke können den vorhandenen Bedarf mehr als decken. Wenn nun die Arbeitszeit in den modernisierten Betrieben nach den Forderungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und anderer Organisationen noch weiter verlängert und die Löhne als Produktionskosten, aber auch als Kaufkraft herabgesetzt würden, liefen dann den noch in Gang befindlichen Werken größere Aufträge zu, damit sie bei verlängerter Arbeitszeit vollarbeiten könnten und fielen dann auch noch Aufträge an die infolge der Technisierung ausgeschiedenen Betriebe? Uns will das nicht einleuchten, weil uns das als wirtschaftlicher Widersinn erscheint, deshalb sollten die Unternehmer und ihre Vertreter auch in dieser Frage nicht nur Worte machen, sondern zu Taten schreiten, damit man sich von der Durchführung ihrer Ideen überzeugen könnte. Denn es ist höchste Zeit, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht zu-, sondern abnimmt.

Wir als Gewerkschaften wollen auf keinen Fall, daß in einer Glashütte, in einer Porzellanfabrik, in einem Ziegelei- oder Tonwarenbetrieb, in einem Kalk- oder Zementwerk Ueberstunden gemacht werden, daß die Arbeitszeit verlängert, und daß der Lohn gesenkt wird; sondern wir verlangen eine Verminderung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, damit zur Erledigung der noch vorliegenden Aufträge einige Arbeiter und Arbeiterinnen mehr eingestellt werden, Arbeitslosen von der Straße wegkommen, die Arbeitslosenunterstützung gespart und einige Familien wieder gesünderen Lebensboden unter den Füßen bekommen. Bei über 800 000 Arbeitslosen würde das der Fall sein, wenn die Forderungen der Gewerkschaften auf die 40-Stunden-Woche erfüllt würden. Die Unternehmer wollen das nicht. Solche Taten mögen sie nicht sehen. Sie setzen lieber ihre Hoffnung auf den starken Mann, „welcher Partei er auch angehört — ob rechts, ob links, ob Mitte —" wenn er nur zu ihren Gunsten entscheidet und mit Gewalt und Macht, aber nicht mit Verständigung regiert, dann ist alles gut. Nur der starke Mann imponiert ihnen, er soll's schaffen, sie wollen möglichst weit vom Schuß zusehen und verdienen. Das ist dann Wirtschaftspolitik getrieben. Ja, wir haben außerordentlich tüchtige Wirtschaftsführer. Beim Vereinigen aller brenzlichen und schwierigen Angelegenheiten ist ihr Wahlspruch: Hannemann, geh du voran, du hast die längsten Stiefel an. So warten sie in der Lohnfrage auf die Nachgiebigkeit der Arbeiterschaft und bei den anderen Dingen auf den „Mann des ganzen Volkes". Die Hauptsache für sie ist, sie verdienen dabei.

Stegerwald zur Lohn- und Preisfrage.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hatte mit dem Chefredakteur der „Germania", Zentrumsblatt in Berlin, eine Unterredung, in der sich Stegerwald über die Wirtschaftskrise und ihre Eindämmung äußerte. Zur Arbeitslosen-, lohn- und preispolitischen Frage stellte er zunächst fest, daß er in der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise die Lohnpolitik „elastisch handhaben" müsse, um zu vermeiden, daß Tarifverträge und Schlichtungswesen zerstört werden, und um „Maßlosigkeiten in gewissen Unternehmerkreisen" gegenüber den Arbeitern und Angestellten hintanzuhalten. Die Behebung der Wirtschaftskrise in Deutschland könne seines Erachtens in der Hauptsache nur auf zwei Wegen geschehen: durch eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems und durch verstärkte Kaufkraft im Innern. Auf dem zweiten Weg kommt man voran, wenn man an die Frage von der landwirtschaftlichen Erzeugung und von der Verbilligung der gewerblichen und industriellen Produktion sowie vom Massenverbrauch her herangeht. Zur Erläuterung und Begründung der zweiten Frage führt Stegerwald aus:

„Sollen in der Privatwirtschaft — ohne die Beamten im Reich, Ländern und Gemeinden — etwa 18 Millionen Arbeitnehmer 32 bis 33 Milliarden Reichsmark Löhne und Gehälter beziehen und davon 3 Millionen Arbeitslose mit jährlich 3 Milliarden Reichsmark unterstützen, oder sollen 21 Millionen Arbeitnehmer in den Produktionsprozeß gebracht werden und vorübergehend ebenfalls nur eine ähnliche Gesamtlohnsumme beziehen? Die Antwort liegt auf der Hand, aber ich füge hinzu: Es müssen auf der anderen Seite die Preise so gesenkt werden, daß die breiten Massen am Ende mit 31 bis 32 Milliarden Reichsmark Löhnen und Gehältern mindestens nicht weniger kaufen können, als es heute einschließlich der Unterstützung der Arbeitslosen mit 33 bis 34 Milliarden Reichsmark der Fall ist. In der Berliner Metallindustrie werden jährlich etwa 300 Millionen Reichsmark Löhne gezahlt, die Gesamterzeugung dürfte einen Wert von 1 bis 1¼ Milliarden Reichsmark betragen. 1 Proz. Lohnsenkung bedeutet etwa 3 Millionen Reichsmark Lohnersparnis, 1 Proz. Preissenkung stellt eine Verbilligung der Erzeugnisse um etwa 10 bis 12 Millionen Reichsmark dar. Verbilligung der Kohle bedeutet Ermäßigung der Eisenpreise; Erleichterungen für Gas, Elektrizität und die Verkehrstarife. 1 Milliarde Reichsmark Lohnsenkung muß mit mindestens 2½ bis 3 Milliarden Reichsmark Preissenkung einhergehen. Ein so verbilligtes Warenangebot muß eine verstärkte Nachfrage zur Folge haben, und durch eine verstärkte Nachfrage müssen in absehbarer Zeit wieder mehr Menschen beschäftigt werden können. An der Verbilligung der Produktionskosten sind freilich alle Faktoren zu beteiligen, und nicht bloß die Löhne und Gehälter. Mit dem Spiel, daß die eine Seite immer sagt, die Löhne müssen gesenkt werden, und die andere Seite, die Preise müssen verbilligt werden, kommen wir nicht weiter."

Stegerwald schließt: „Wenn in absehbarer Zeit nicht auch eine Preissenkung für die Gegenstände des täglichen Bedarfs eintritt, die für die breiten Massen entscheidend sind, das ist der Kleinverkaufspreis wichtiger Lebensmittel — der Bauer bekommt in der Regel trotz Zölle keine überhöhten Preise —, dann lehne ich es entschieden ab, weitere Schiedssprüche mit Lohnkürzungen für verbindlich zu erklären."

An der Rechnung Stegerwalds wollen wir nicht zweifeln, er rechnet sehr gerne und hat sich auch schon manches Mal verrechnet. Wir zweifeln nur daran, daß er die Kraft haben wird, seine Rechnung in eine Tat umzusetzen. Schaden würde es nichts, wenn es ihm gelänge, die Preissenkung durchzuführen; denn die Massen warten schon lange darauf. Wir werden ja sehen, in den nächsten Wochen und Monaten wird Stegerwald Gelegenheit zum Handeln haben. Warten wir ab, was er tut.

Unzulängliche Entgelte.

Nach § 20 Abs. 1 Nr. 3 des HAG. haben die Fachausschüsse, falls in ihren Bezirken den Hausarbeitern offenbar unzulängliche Entgelte gezahlt werden, und eine Verständigung zur Herbeiführung zulänglicher Entgelte nicht erzielt worden ist, nach §§ 26 bis 40 des Hausarbeitsgesetzes die Bestimmungen eines Tarifvertrages über die Entgelte als allgemein verbindlich zu genehmigen oder Mindestentgelte für Hausarbeiter festzusetzen.

Im Abs. 2 des § 20 HAG. wird gesagt, daß unzulängliche Entgelte als Arbeitsvergütungen anzusehen sind, die Heimarbeitern für bestimmte Arten von Heimarbeit unter Zugrundelegung einer normalen Arbeitszeit und einer vollwertigen und eingerichteten Arbeitskraft nicht den ortsüblichen Lohn zu erreichen ermöglichen oder die hinter den in anderen Bezirken mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen für die gleiche Arbeit bezahlten Löhnen zurückbleiben oder den in demselben Bezirk in Werkstatt und Betrieben gezahlten Löhnen für ähnliche Arbeit nachstehen.

In der Sitzung vom 19. Februar 1930 des Fachausschusses für die Spielwaren- und Karnevalindustrie in Thüringen, Sitz Sonneberg, in welcher über die Schaffung eines Tarifvertrages über die Maskenindustrie beraten wurde, stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, daß der § 20 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 für die Maskenindustrie nicht in Frage käme, da in dieser Industrie unzulängliche Entgelte nicht gezahlt würden. Der Fachausschuß beschloß auf Grund dieser Stellungnahme eine Kommission zu bilden, welche zu prüfen hat, ob in der Maskenindustrie tatsächlich unzulängliche Entgelte gezahlt werden. Die Kommission tagte am 14. April und faßte nachstehenden Beschluß:

Niederschrift über die Kommissionssitzung am 14. April 1930.

Gegenwärtig: Amtsgerichtsrat Dr. Venter, als Vorsitzender,
Rudolf Spindler, hier, als Beisitzer,
Gustav König, hier, als Beisitzer,
Justizobersekretär Wittmann als Schriftführer.

Auf fernmündlichen Anruf wurde von der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsgerichtsbezirk Sonneberg in Sonneberg ermittelt, daß die ortsüblichen Löhne nach § 149 RVO. für ganz Thüringen einheitlich ab 1. Januar 1930 wie folgt festgesetzt sind:

	männlich RM	weiblich RM
für Personen über 21 Jahre	4,20	2,85
„ „ von 16—21 Jahren	3,30	2,25
„ „ unter 16 Jahren	2,10	1,80

Das von den Firmen Georg Spindler, Carl Kochniß, Jos. Nick, Julius Bähring und Max Schneider überreichte Material wurde im einzelnen durchgesprochen und überrechnet.

Die Kommission kam nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, daß nach den überreichten Unterlagen keine „offenbar unzulänglichen Entgelte" gezahlt werden.

gez.: Dr. Venter. gez.: Wittmann.

Gegen den Beschluß der Kommission haben wir uns in der Sitzung des Fachausschusses vom 21. Oktober 1930 gewandt. Der Fachausschuß hat darauf beschlossen, daß die Kommission unter Hinzuziehung je eines Parteivertreters der in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer das von den einzelnen Firmen überreichte Material nochmals prüfen soll.

Die Auffassung der Kommission, daß der § 20 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 auf den § 149 RVO. hinzielt, ist falsch; denn die nach § 149 Abs. 2 RVO. festgesetzten Ortslöhne bleiben in der Regel hinter den wirklich gezahlten Löhnen am Orte zurück. Das Hausarbeitsgesetz bringt auch in dem oben angeführten Paragraph zum Ausdruck, daß es die örtlich gezahlten Löhne meint, nicht die ortsüblichen, die bei Feststellung von unzulänglichen Entgelten in Betracht zu ziehen sind.

Auch die Kommentare zum HAG. sagen, daß der § 149 RVO. Abs. 2 nicht mit dem § 20 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 in Verbindung zu bringen ist. Wir behandeln nachstehend die verschiedenen Kommentare zum Hausarbeitsgesetz in dieser Angelegenheit. Der Kommentar Dr. Gustav Rohmers bringt zum Ausdruck, daß zur Schaffung eines Heimarbeiterlohntarifs nach den Gesichtspunkten des Hausarbeitsgesetzes notwendig ist, daß im Bezirke des Fachausschusses die Zahlung offenbar unzulänglicher Entgelte an die Hausarbeiter festgestellt ist. Ueber das Werden des § 20 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 sagt er dann sinngemäß weiter: In Anlehnung an das Gutachten des RWR. fügte die RT.-Komm. eine nähere Erläuterung des Begriffs der „unzulänglichen Entgelte" im Abs. 2 bei, die drei Alternativen enthält. Die erste stellt auf den „ortsüblichen Lohn" ab; wenn ihn Heimarbeiter eines Gewerbes, die mit bestimmten Arten von Heimarbeit beschäftigt sind unter Zugrundelegung einer normalen Arbeitszeit und einer vollwertigen und eingerichteten Arbeitskraft nicht erreichen können, dann ist der Entgelt „unzulänglich". Statt vom „ortsüblichen" Lohn ist im Gutachten des RWR. vom „üblichen Ortslohn" die Rede, einer an § 149 RVO. anklingenden Wendung; die Fassung der RT.-Komm. will wohl dem Mißverständnis vorbeugen, als sei hier der vom Oberversicherungsamt festgesetzte und bekanntgemachte Ortslohn (§ 149 Abs. 2 RVO.) gemeint, der meist hinter den wirklichen gezahlten Löhnen zurückbleibt; unter ortsüblichem Lohn ist vielmehr der am Ort oder im Bezirk der Heimarbeit in Werkstätten oder Fabriken für die gleiche Arbeit übliche Lohn zu verstehen. Unzulänglich ist nach der zweiten Alternative das Entgelt, wenn es hinter den in anderen Bezirken mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen für die gleiche Arbeit, sei es Heim-, sei es Werkstätten- oder Fabrikarbeit, gezahlten Löhnen zurückbleibt; nach der dritten Alternative, wenn es den im selben Bezirk gezahlten Werkstatt- oder Fabriklöhnen für ähnliche Arbeit nachsteht.

Der Kommentar Wilhelm Rohdes sagt auf Seite 48 Abs. 1: „ortsüblicher Lohn ist nicht der Lohn nach § 149 RVO., der vielfach hinter dem wirklichen Lohn zurücksteht". Die übrigen Ausführungen im Kommentar Rohdes zu § 20 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 sind ähnlich wie bei Rohmer.

Dr. Käthe Gaebel geht leider in ihrem Kommentar nicht deutlich auf den Begriff „unzulängliche Entgelte" ein. Sie verweist aber auf die Regierungsvorlage, daraus ist zu entnehmen, daß auch sie auf das Material hinzielt, daß Rohmer und Rohde verarbeitet haben.

Eine Ausnahme macht der Kommentar Dr. Erich Melsbach. Er sagt auf Seite 54 seines Kommentars:

„Als ortsüblicher Lohn ist, da die Absicht des antragstellenden Arbeitgebers im RWR. und die Tendenz der Erörterung im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags nach möglichster Einschränkung der Entgeltsregelung ging, aber auch nach dem Wortlaut der „ortsübliche Tagelohn" des § 124 b GewO. (vgl. Anl. 5 B, unten S. 133), also das vom Oberversicherungsamt nach §§ 149 bis 151 RVO. (vgl. Anl. 10 A, unten S. 150) festgesetzte „ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagarbeiter", anzusehen. Es erreicht häufig nicht die tatsächlichen Löhne (ungelernter) „Tagelöhner" oder jedenfalls beruflich vorgebildeter Arbeiter."

Im folgenden Absatz seines Kommentars läßt Melsbach durchblicken, daß da, wo der ortsübliche Lohn niedriger ist als der übliche Ortslohn bei Entgeltregelung die Grundlage des § 149 RVO. nicht herangezogen werden kann und noch weiter unten spricht er von halben Arbeitskräften. Daraus kann entnommen werden, daß auch Melsbach nicht direkt die unzulänglichen Entgelte auf das Niveau der ortsüblichen Löhne, § 149 RVO. festgelegt wissen will.

Damit steht fest, daß alle Kommentare den Standpunkt der Kommission des Fachausschusses für die Thüringer Spielwaren- und Karnevalindustrie nicht teilen. Der Beschluß der Kommission war deshalb verfehlt. Der Fachausschuß kann sich denselben deshalb auch nicht zu eigen machen. Bei Festsetzung von Entgelten hat der Fachausschuß als Grundlage nicht die ortsüblichen Tagelöhne nach § 149 Abs. 2 RVO. zu nehmen, sondern er hat die üblichen Ortslöhne, also die Löhne, die tatsächlich an die übrigen Arbeitsgruppen im Fachausschußgebiet gezahlt werden, festzustellen und danach Entgelte für die Hausindustrie festzusetzen.

H. Elflein.

Ausländisches Kapital in der Glas- und keramischen Industrie.

Das Hinüber- und Herüberfluten des Kapitals über die Landesgrenzen ist so alt wie die kapitalistische Wirtschaft selbst. Der Kapitalismus ist nicht in jedem Lande zu gleicher Zeit und in gleichem Umfange geschaffen worden. Bestimmte Industriezweige sind in einigen Ländern zuerst in großzügiger Weise entwickelt worden und haben sich dann in anderen Ländern angesiedelt. Dies geschah durch Tochtergesellschaften, Beteiligung an heimischen Unternehmungen usw. Hierfür kann man eine Reihe klassischer Beispiele anführen. Der Kapitalexport und -import erfolgt in den mannigfaltigsten Formen. Das System der Holding-Kontroll- und Finanzierungsgesellschaften ist in großzügiger Form nur bei bestimmten Industrien, wie beispielsweise der Petroleumindustrie, der elektrotechnischen Industrie, der Bahnbauten usw. angewendet worden. Die kapitalistische Verflechtung der Weltwirtschaft ist nach dem Kriege erst zur vollen Blüte gelangt. Die Ueberfremdung deutscher Industriewerke hatte nicht zuletzt seinen Grund in dem Kapitalhunger der deutschen Industrie. Das Ausland sah in der Beteiligung an deutschen Industriewerken eine günstige Gelegenheit, sich in Deutschland festzusetzen, um einesteils eine günstige Anlage für das Kapital zu haben oder den deutschen Schutzzoll zu umgehen. Wenn wir die Spiegelglasindustrie als Beweis dafür heranziehen, so ist der belgisch-französische Einfluß in derselben historisch zu erklären aus einer jahrhundertalten Monopolstellung der Franzosen und Belgier auf diesem Gebiet. Die Einflußnahme geschah erstens durch intensive Kapitalbeteiligung innerhalb der Produktion, durch Gründung von Tochtergesellschaften oder Beteiligung an deutschen Werken, und zweitens in den engen Beziehungen zum Internationalen Spiegelglas-Syndikat. In der Vorkriegszeit waren bereits von den acht Werken des Spiegelglas-Syndikats sechs vom Ausland abhängig. Daß sich dieser ausländische Einfluß nach dem Kriege noch verstärkte und auch auf die Tafelglasindustrie übergriff, dürfte aus den nachfolgenden Angaben ersichtlich sein. (Das Material ist zum Teil einer Artikelreihe der Zeitschrift „Rhein und Ruhr" entnommen.)

Spiegelglasindustrie.

Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft maschinelle Glasherstellung A.-G. (Delog), Gelsenkirchen-Rotthausen, überwiegende Mehrheit bei der Société Anonyme Saint-Roch in Brüssel bzw. der Compagnie Internationale pour la Fabrication Mécanique du Verre (Libbey-Owens) S. A., Brüssel, Rest bei der zur gleichen Gruppe gehörenden Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Gelsenkirchen.

Schlesische Spiegelglas-Manufaktur Karl Tielsch G. m. b. H., Ober-Salzbrunn bei Altwasser. Das Stammkapital befindet sich im Besitz einer der Internationalen Spiegelglas-Konvention (Convention Internationale de Glaceries) nahestehenden Gruppe.

Glas- und Spiegelmanufaktur A.-G., Gelsenkirchen-Schalke. Aktienmehrheit bei der Société Anonyme des Glaceries de St. Roch, St. Roch-Auvelais (nach anderen Mitteilungen bei der zur gleichen Gruppe gehörenden S. A. des Glaces Nationales Belges in Auvelais (Belgien).

Herzogenrather Spiegelglas- und Spiegelfabrik, Bicheroux & Cie., G. m. b. H., Herzogenrath. Ausschlaggebende Beteiligung der Manufactures des Glaces et Produits Chimiques de Saint Gobain, Chauny et Cirey.

Rheinische Spiegelglasfabrik zu Eckamp bei Ratingen. Ueberwiegende Mehrheit im Besitz eines belgischen Konsortiums, das offenbar der Gruppe Saint Gobain nahesteht.

Spiegelmanufaktur in Stolberg bei Aachen; Spiegelmanufaktur Waldhof A.-G., Mannheim. Beide Gesellschaften werden kontrolliert von der Manufactures des Glaces et Produits Chimiques de Saint Gobain, Chauny et Cirey S. A., Paris.

Société Anonyme des Glaces Nationales Belges in Auvelais. Zweigfabrik: Spiegelglaswerke „Germania" zu Porz-Urbach.

Spiegelglasfabrik Reisholz A.-G., Reisholz bei Düsseldorf. Gesamtes Aktienkapital bei einer der Internationalen Spiegelglas-Konvention und dem Verein deutscher Spiegelglasfabriken nahestehenden Gruppe.

Die übrigen deutschen Firmen bilden das Deutsche Spiegelglas-Syndikat. Dieses Syndikat firmiert: Verein Deutscher Spiegelglasfabriken G. m. b. H. in Köln. Das Syndikat steht vollständig unter der Kontrolle von ausländischen Firmen. In letzter Zeit ging das Syndikat dazu über, Außenseiterfirmen aufzukaufen. Folgende drei Unternehmungen sind aufgekauft worden: Fürther Spiegelglas A.-G., vormals Leopold Büchenbacher, Fürth; Heunemann & Schwarzmann, Fürth, und Tafel-, Salin- und Spiegelglasfabriken A.-G., Fürth. Somit gelang es dem Spiegelglas-Syndikat, auch in Süddeutschland maßgebenden Einfluß zu gewinnen. In der Spiegelglasindustrie Fürths sind nur noch selbständig die Firmen Bechmann-Kupfer und die Spiegelglasfabrik Bendit & Söhne. Die Spiegelglasfabrik in Freden a. d. Leine wurde früher ebenfalls vom Spiegelglas-Syndikat kontrolliert. Später wurde die Syndikatsquote an andere Mitglieder des Syndikats abgegeben; das Unternehmen gehört jetzt zum Interessenkreis der Jenaer Zeiß-Werke.

War das Spiegelglas-Syndikat auf seinen engeren Interessenkreis beschränkt, so hat es sich jetzt auch auf weitere Gebiete ausgedehnt.

Der Verein Deutscher Tafelglashütten G. m. b. H. wird ebenfalls von dem Spiegelglas-Syndikat, oder wenigstens dessen Mitgliedern beherrscht. Wenn wir die Namen der Gesellschaften aufführen, die in der Tafelglasindustrie führend sind, so werden einige wiederkehren, die wir bereits bei Spiegelglas kennengelernt haben. Vom Spiegelglas-Syndikat wurde die Rheinische Ziehglas-A.-G. in Porz-Urbach gegründet, die heute im Tafelglas-Syndikat eine führende Stellung inne hat und im Dickglas-Syndikat ebenfalls führend ist. Die hauptsächlichsten Mitglieder des Vereins Deutscher Tafelglashütten sind folgende:

Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung (Delog), Gelsenkirchen-Rotthausen. (Quote beim Verein deutscher Tafelglashütten G. m. b. H., Frankfurt a. Main, 29,5 Proz.)

Rheinische Ziehglas A.-G., Porz-Urbach. Im Besitz von Kreisen, die dem Spiegelglas-Syndikat nahestehen. (Quote 15 Proz.)

Tafel-, Salin- und Spiegelglasfabriken A.-G., Fürth. Mehr als 75 Proz. der Aktien im Besitz des Spiegelglas-Syndikats bzw. der in ihm ausschlaggebenden Firmen. (Quote 10 Proz.)

Torgauer Glashütten-A.-G., Torgau a. d. Elbe. Maßgebliche Beteiligung des Spiegelglas-Syndikats bzw. der in ihm ausschlaggebenden Kreise; daneben saarländische und böhmische Kreise beteiligt. (Quote zwischen 5 und 10 Proz.)

Gewerkschaft „Kunzendorfer Werke", Kunzendorf (Niederlausitz). Erhebliche unmittelbare bzw. mittelbare Beteiligung belgischer Kreise. (Quote 5 Proz.)

In der Flaschenglasindustrie hat man ausländisches Kapital fernzuhalten gewußt. Nur die Rhein-Ahr-Glasfabrik in Sinzig kann als zum Teil überfremdet gelten, da sie der Apollinaris A.-G., Neuenahr, gehört, deren Aktienmehrheit in englischem Besitz ist. Bei den übrigen Glaswerken ist ausländischer Einfluß bei folgenden Gesellschaften festzustellen: Heidenauer Glashütte-A.-G., Heidenau; die Aktien dieser Gesellschaft befinden sich im Besitz der Bullmann-Maschine Company, London. Bei der Glaswerke Ruhr A.-G. in Essen-Karnap ist der ausländische Besitz nicht genau festzustellen. Starken Einfluß besitzen die amerikanischen Holding-Gesellschaften der Familie Stinnes. Die Fenner Glashütte im Saargebiet gehört zum Konzern der Verreries de Trois Fontaines Soc. An. Die Sicherheitsglas Neudex G. m. b. H., Aachen, ist eine Tochtergesellschaft der Newtex Safety Glaß Company, London.

Wie diese Angaben beweisen, ist in der deutschen Glasindustrie ausländisches Kapital sehr stark vertreten. In der Nachkriegszeit hat sich der ausländische Einfluß in dieser Industrie nicht unwesentlich vermehrt. Wir kommen nunmehr zur keramischen Industrie, wo ausländische Beteiligungen bei folgenden Werken festgestellt sind:

„Keramag" Keramische Werke A.-G., Meiningen-Bonn. Die Aktienmehrheit befindet sich seit Mitte 1926 im Besitz einer englischen Gruppe (Brandon & Co., Ltd., London, und John Slater, Eastbourne.

Deutsche Standard G. m. b. H. für sanitäre Anlagen, Neuß a. Rh. Tochterunternehmen der Standard Sanitary Manufacturing Co., Pittsburg (USA.).

Steatit-Magnesia A.-G., Berlin. Ausländisches (vermutlich englisches oder schweizerisches) Kapital mit geringerer Minderheit beteiligt.

„Seok" Sächsische Elektro Osmose-Kaolinwerke G. m. b. H., Kemmentz-Mügeln, Bez. Leipzig. Anteilsmehrheit bei der Zettlitzer Kaolinwerke A.-G., Zettlitz bei Karlsbad, Tschechoslowakei (Konzern der Anglo-Bank und Unionbank).

Vereinigte Mosaik- und Wandplattenwerke A.-G., Sinzig a. Rh. An dem Unternehmen sind luxemburgische Kreise beteiligt.

Villeroy & Boch, Mettlach. Die französische Familie Villeroy ist zur Hälfte am Kapital beteiligt.

Die Villeroy & Boch Keramische Werke A.-G., Dresden, gehört zur gleichen Gruppe.

Soweit die Zementindustrie in Frage kommt, ist eine Ueberfremdung festzustellen bei folgenden Werken: Deutsche Asbestzement-A.-G., Berlin. Die Beteiligung des Auslandes beträgt hier 60 Proz. Beteiligt sind: die Société Financière Belge de l'Asbeste Ciment, Cappelle-au-Bois (Belgien), die S. A. Francaise „Eternit" Prouvy Thiand, Eternitwerke Ludwig Hatschek in Vöcklabruck (Oberösterreich), Eternit A.-G. in Niederurnen (Schweiz), S. A. Eternit, Genua und S. A. Niel-on-Ruppel, Antwerpen. Die Schlesische Portland-Cement-Industrie A.-G., Oppeln, ist mit der Société Continentale de Ciments, Brüssel, in einen Aktienaustausch eingetreten. Ebenfalls sind Aktien der deutschen Unternehmung in Amsterdam zur Zeichnung aufgelegt worden. Französisches Kapital ist an den Saarländischen Kall- und Zementwerken A.-G., beteiligt. Ein Minderheitspaket von Aktien der Portlandcementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.-G., befindet sich im Besitz der Gesellschaft für Cementwerke, Glarus (Schweiz).

Wir haben versucht, unseren Kollegen einen Ueberblick zu vermitteln, wie ausländisches Kapital in Form von Beteiligungen und Tochtergesellschaften in der Glasindustrie und bei den keramischen Werken investiert sind. Daraus ergibt sich die Erkenntnis, daß die gewerkschaftliche Kraft unserer Organisation sich nicht nur gegen das deutsche Kapital, sondern gegen eine Koalition des Weltkapitals zu wenden hat. Daraus muß jedes Verbandsmitglied die Folgerung herleiten, daß eine gewerkschaftliche Organisation wie die unsrige sich gegen solche kompakte Gegner nur zu behaupten vermag, wenn sie innerlich gefestigt und gekräftigt ist.

Deutscher Bauhüttentag.

Der Siebente Deutsche Bauhüttentag tagte am 27. und 28. Oktober in Berlin und faßte nach drei großzügigen und sachlichen Referaten folgende Entschließung:

„Der Siebente Deutsche Bauhüttentag sieht in der heutigen, große Teile des deutschen Volkes in unerträgliche Not und in fieberhafte Erregung versetzenden Massenarbeitslosigkeit eine Gefahr für Volk, Wirtschaft und Staat.

Der Bauhüttentag hält deshalb die Beschaffung produktiver Arbeit für die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Körperschaften in der nächsten Zeit.

Bei Durchführung des Programms der Reichsregierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft würde der Wohnungsbau um mehr als die Hälfte gedrosselt und die Massenarbeitslosigkeit weiter verstärkt.

Durch eine normale Beschäftigung des Baugewerbes würde auch den Baustoffindustrien, sowie den Bauneben- und Bauausstattungsgewerben und der Urproduktion von Holz, Kohle und Eisen, Arbeit zugeführt; die Kaufkraft großer Teile unseres Volkes würde gehoben und damit auch die übrige industrielle und landwirtschaftliche Produktion angeregt, was sich wieder auf die Steuerkraft der Bevölkerung und damit auf die Finanzkraft von Reich, Ländern und Gemeinden vorteilhaft auswirken müßte. Ohne ein normal beschäftigtes Baugewerbe gibt es keine blühende Volkswirtschaft.

Der Siebente Deutsche Bauhüttentag erwartet deshalb von Reich, Ländern und Gemeinden eine stärkere Belebung der Bautätigkeit als sie in dem Programm der Reichsregierung vorgesehen ist.

Er warnt gleichzeitig, dem Wohnungsbau weitere Mittel aus dem Hauszinssteueraufkommen zu entziehen.

Ebenso warnt der Bauhüttentag vor der Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, bevor nicht die Wohnungsnot auch für die minderbemittelte Bevölkerung restlos beseitigt ist."

In weiteren, ebenfalls einstimmig angenommenen Entschließungen wurden die deutschen Gewerkschaften und befreundeten Wirtschaftsunternehmungen um tatkräftige Unterstützung der sozialen Baubetriebe bei der Beschaffung von Arbeit, insbesondere Uebertragung ihrer Bauaufträge an die sozialen Baubetriebe ersucht, und die Bauhütten, die mit der Einführung der wirtschaftlichen Betriebsführung nach den Grundsätzen des Verbandes sozialer Baubetriebe noch nicht begonnen haben, verpflichtet, damit sofort zu beginnen, um durch Erreichung eines Höchstmaßes von Klarheit und Leistungsfähigkeit zur Verbilligung des Wohnungsbaues beizutragen.

Zum Schluß wurde allen Baubetrieben dringend die Einführung der 40-Stunden-Woche empfohlen, um die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu mildern.

SDG. beantragt Verbindlichkeit der Lohnschiedssprüche Gr. I—V.

Bei den Einkommensverhältnissen der Beschäftigten in der deutschen Weißhohlglasindustrie stand von vornherein fest, daß die Arbeitnehmer mit großer Majorität die ergangenen Lohnschiedssprüche der Schlichtungsstelle vom 22., resp. 23. Oktober 1930 ablehnen werden. Es hätte sicher dazu nicht erst der Beschluß der Tarifkommissionen mit den Organisationsvertretern gehört. Fast 90 Proz. der Organisierten, die sich an der Abstimmung beteiligt haben, haben für Ablehnung der Schiedssprüche ihre Stimme abgegeben. Entsprechend dieser Willensäußerung unserer Kollegen und entsprechend den bereits bekanntgegebenen Beschlüssen der Dresdener Konferenz, den Beschlüssen des Haupt- und Bundesvorstandes, haben wir dem Vorsitzenden, Herrn Regierungsdirektor Friedländer die Ablehnung zum fristgemäßen Termin gemeldet.

Der SDG. hat aus begreiflichen Gründen vorzeitig seine Annahmeerklärung für die Schiedssprüche abgegeben. Vielleicht hoffte er noch, daß durch diese Maßnahme die Arbeitnehmer ebenfalls für die Annahme der Schiedssprüche zu gewinnen sind. In vollster Verantwortung für die Arbeiter und Industrie hat die Organisation schon oftmals in den zurückliegenden Jahren für Annahme von Schiedssprüchen plädieren müssen, die allgemeine Befriedigung nicht auslösen konnten. Der wirtschaftliche Weitblick der Gewerkschaften ist leider oftmals verkannt worden, und ungerechtfertigte Kritiken setzten ein. Wenn wir in diesem Jahr bei den Parteiverhandlungen schon auf diese Vorgänge eingegangen sind und nachgewiesen haben, daß wir unter keinen Umständen irgendwelche Verschlechterungen der Lohnbasis für die Arbeitnehmer der deutschen Weißhohlglasindustrie hinnehmen können, so hätten die Arbeitgeber und auch die Unparteiischen der Schlichtungsstelle nach Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse für die Arbeitnehmer in der deutschen Weißhohlglasindustrie Verschlechterungen nicht anbieten, resp. festlegen dürfen. Nachdem dies trotz der Warnungen geschehen ist, hat sich die allgemeine Empörung der deutschen Glasarbeiterschaft gegen die ergangenen Lohnschiedsspürche gerichtet. Selbst der Industrie Fernstehende können es nicht begreifen, wie einer Arbeiterschaft, die mit ungeheurem Fleiß der deutschen Glasindustrie die Vorrangstellung am Weltmarkt wieder erobert hat, Lohnverschlechterungen bei den gedrückten Einkommensverhältnissen zugemutet werden können.

Hoffentlich bringen die zu erfolgenden Nachverhandlungen infolge der Anträge des SDG. auf Verbindlichkeit der Lohnschiedssprüche noch ein Ergebnis, das dazu beiträgt, die Arbeitnehmerschaft vor Schaden zu bewahren, und womit Grundlagen zur friedlichen Fortsetzung der Arbeit in der Industrie gefunden werden. Laufen die Verhandlungen anders aus, dann stehen wir sicher vor schwarzen Tagen in der deutschen Weißhohlglasindustrie.

Zum Vierschichtensystem in der mechanischen Fensterglasindustrie.

Im Bericht über den internationalen Kongreß von Stockholm war der vierte Tagesordnungspunkt: **„Die Arbeitsverhältnisse der Glasindustrie, die Betriebsruhepausen und das Schichtensystem"** ausführlich behandelt. Aus diesen Darstellungen konnten unsere Kollegen entnehmen, daß die Glasarbeiter-Internationale aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen für die Verkürzung der Arbeitszeit und die Regelung auf internationalem Wege des Vierschichtensystems zu je 8 Stunden mit 24stündiger Betriebsruhepause seit Jahren hinwirkt. Ueber die ganze Angelegenheit ist von der Branchenleitung der Gruppe Glas im „Keramischen Bund" und der Glasarbeiter-Internationale genügend einschlägiges Material den Landesbehörden und dem Internationalen Arbeitsamt übermittelt worden. Mehrfache persönliche Unterhandlungen von Vertretern der Internationale der Glasarbeiter mit den Sachbearbeitern und dem Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes in Genf sollten zur beschleunigten Durchführung der Anträge der Arbeitnehmer der Glasarbeiter-Internationale führen. Trotz der intensiven Arbeit, der Berichterstattung und der übermittelten Resolutionen sind wir mit der gewünschten Einführung des Vierschichtensystems für die mechanische Fensterglasindustrie nicht recht vorwärtsgekommen. Auf Antrag der Verwaltungsratsmitglieder des Internationalen Arbeitsamtes, Müller, Deutschland, und Mertens, Belgien, hat sich der Verwaltungsrat mit den Anträgen beschäftigen müssen und beschlossen, die Frage 1931 resp. 1932 mit auf die Tagesordnung der Internationalen Tagung zu bringen. Auf Einspruch der französischen Arbeitgeberverbände und englischer Regierungsvertreter ist das Arbeitsamt beauftragt worden, erst weitere Nachforschungen über die Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten der Glasindustrie anzustellen und die ganze Angelegenheit durch eine Sachverständigenkommission nachprüfen zu lassen. Nachdem die letzte Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes Anfang Oktober dieses Jahres in Brüssel an der für uns so wichtigen Frage vorübergegangen ist, haben die Vertreter der Tschechoslowakei und Deutschlands unter Hinzuziehung des Internationalen Sekretärs, des Kollegen Delzant, am vorigen Sonntag in Nürnberg in einer erneuten Sitzung zu der Angelegenheit Stellung genommen. Die nachfolgende Entschließung, die nach einem Referat des Kollegen Krebs, Deutschland, und längerer Diskussion angenommen worden ist, gibt Aufschluß über die getroffenen Maßnahmen, die die Glasarbeiter-Internationale zur Beschleunigung der Durchführung des Vierschichtensystems in der mechanischen Fensterglasindustrie ergriffen hat.

In Anbetracht der Bestrebungen der Gewerkschaften, die jetzige Wirtschaftsnot, vor allen Dingen die Arbeitslosigkeit, einzuschränken, sind von der Sitzung aus der Internationale Sekretär, Kollege Delzant, der Vorsitzende der Internationale, Kollege Girbig, und der Vertreter des tschechischen Glasarbeiterverbandes, Kollege Victoria, sofort nach Genf delegiert worden, damit den seit Jahren beim Internationalen Arbeitsamt in Genf vorliegenden Anträgen entsprechend die Einführung des Vierschichtensystems in der mechanischen Fensterglasindustrie aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten als Nebenfrage bei Erledigung der Tagesordnung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf im Frühjahr 1931 miterledigt wird. Vom Erfolg der unternommenen Mission werden wir an dieser Stelle weiter berichten.

Entschließung.

Die am 2. November 1930 in Nürnberg stattgefundene Besprechung der Vertreter der Internationale der Glasarbeiter stellt fest, daß die Frage der Einführung des Vierschichtensystems in der mechanischen Fensterglasindustrie eine Angelegenheit ist, die im engsten Zusammenhang mit der bestehenden Sonntagsarbeit in dieser Industrie steht, die in allen Staaten zu verzeichnen ist. Nach Ansicht der Unternehmer soll eine Arbeitsunterbrechung technisch nicht zulässig sein. Es ist infolgedessen bei der praktischen Behandlung der Frage des Vierschichtensystems genau zu unterscheiden, daß bei der Maschine der Fensterglasproduktion allgemein die Sonntagsarbeit besteht, während in der übrigen Glasindustrie bei der maschinenmäßigen Produktion in allen Staaten gesetzmäßig die Sonntagsruhe eingeführt ist.

Aus den angeführten Ursachen ergibt sich eine streng getrennte Behandlung der Frage des Vierschichtensystems zu 8 Stunden pro Schicht mit darauffolgender 24stündiger Ruhepause in der mechanischen Fensterglasindustrie, und erweist sich auch bei einer evtl. Behandlung der Materie in Form von Fragebogen die unbedingte Notwendigkeit, die Erhebungen für die mechanische Fensterglaserzeugung auf einem vollständig getrennten Fragebogen vorzunehmen, und, wenn Erhebungen für die übrige Glasindustrie notwendig erscheinen, dies auf einem separaten Fragebogen zu machen. Den einzelnen Landesorganisationen wird die Pflicht auferlegt, bei ihren zuständigen Regierungen dahin zu wirken, daß auch die Vertreter der freien Gewerkschaften zur Mitarbeit bei Beantwortung derartiger Fragebogen herangezogen werden.

Infolge der derzeit herrschenden Wirtschaftskrise und der damit zusammenhängenden großen Arbeitslosigkeit erweist sich eine dringende Behandlung der Frage der Einführung des Vierschichtensystems in der mechanischen Fensterglaserzeugung notwendig unter Zugrundelegung der dem Internationalen Arbeitsamt in Genf von der Internationale der Glasarbeiter unterbreiteten Anträge gemäß ihrer Beschlüsse von Köln 1928, Dresden 1930 und Stockholm 1930.

Zur beschleunigten Durchführung dieser Frage wird neuerlich eine Deputation der Glasarbeiter-Internationale zum Internationalen Arbeitsamt nach Genf entsendet, um dort in Anregung zu bringen, daß sofort eine technische Studienkommission eingesetzt wird, an welcher neben 3 Vertretern der Glasarbeiter-Internationale als Mitglieder der Kommission noch aus den Reihen der freien Gewerkschaften Belgiens, Deutschlands und der Tschechoslowakei zum mindesten je ein Vertreter als Sachberater zugezogen werden. Diese Kommission hat baldigst in Tätigkeit zu treten, um dadurch eine dringende Behandlung der Frage des Vierschichtensystems in der mechanischen Fensterglasindustrie zu ermöglichen, wobei Wert darauf gelegt wird, daß seitens dieser Kommission Besichtigungen der Betriebe über mechanische Fensterglasproduktion in Belgien, Deutschland und der Tschechoslowakei erfolgen.

Die Internationale der Flaschenfabriken.

(Schluß.)

Völlig neu ist ebenfalls die Gründung des internationalen Flaschensyndikates in Düsseldorf. Es umfaßt Deutschland, das Saargebiet, die Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Polen und Holland. Danzig ist dem polnischen Territorialschutzgebiet eingegliedert. Der Export wird erfaßt nach allen Ländern, außer nach Italien, und die beteiligten Länder haben sich gegenseitig territorialen Schutz zugesichert. Auch dieser Verband dauert bis zum 31. Dezember 1939 und kann um jeweils fünf Jahre verlängert werden, wenn er nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Der Vertrag kann sofort mit Dreiviertelmehrheit gekündigt werden, wenn der Export der Außenseiter in allen Mitgliedsländern zusammen mehr als 10 Proz. des Gesamtexportes der Kartellmitglieder übersteigt.

Das deutsche Flaschensyndikat rangiert im internationalen Syndikat als geschlossene Gruppe. Aehnlich wie im deutschen Syndikat ist auch im internationalen Syndikat der Neubau von Anlagen in solchen Ländern, die nicht Heimatländer der Mitglieder sind, an die Zustimmung des Syndikates gebunden, ebenso eine Neubeteiligung an Fabriken, die nach 1929 errichtet worden sind. Werke, die heute bestehen und von Mitgliedswerken übernommen werden, müssen als Mitglieder in das internationale Verkaufssyndikat einbezogen werden.

Das Syndikat umfaßt insgesamt 19 in- und ausländische Firmen mit einer Gesamtexportquote von 119,56 Millionen Flaschen. Die Firmen sind folgende:

1. Vereenigde Glasfabrieken, Schiedam (Holland)	31,32	Mill. Fl.
2. Glasfabrik Kosten (Tschechoslowakei)	15,93	„ „
3. Grazer Glasfabrik, Graz	0,14	„ „
4. Glasfabriken Ilscie (Polen)	0,14	„ „
5. Gerresheimer Glashüttenwerke, Düsseldorf	19,12	„ „
6. A.-G. f. Glasindustrie vorm. Fried. Siemens	11,93	„ „
7. H. Heye, Schaunstein	9,02	„ „
8. Glaswerke Ruhr, Essen-Karnap	7,60	Mill. Fl.
9. Oldenburgische Glashütte	6,61	„ „
10. Stralauer Glashütte, Berlin	6,59	„ „
11. Gebrüder Stoevesandt, Rintelen	3,82	„ „
12. Hallesche Pfännerschaft (Mansfeld A.-G.)	2,27	„ „
13. Himly, Holscher & Co., Nienburg a. d. W.	1,42	„ „
14. Hein & Dietrichs, Bergedorf	1,38	„ „
15. Glashütte Achern	1,10	„ „
16. Weihrauch & Zimmer, Weißstein	0,41	„ „
17. C. F. Probst, Westerberg	0,35	„ „
18. Wisthoff & Co., Königsteele	0,30	„ „
19. A.-G. Glashüttenwerke Adlerhütten, Penzig	0,12	„ „

Die Vereenigde Glasfabrieken, Schiedam, haben durch die Presse bekanntgeben lassen, daß sie unter wesentlich anderen Bedingungen als die deutschen Fabriken dem Syndikat beigetreten sind. Zwar entfallen 31,32 Millionen Flaschen auf die holländische Fabrik. Bezüglich des eigenen holländischen Marktes behält jedoch die Gesellschaft freie Hand, und zwar sowohl hinsichtlich der Preise als auch hinsichtlich der Mengen, so daß also der prozentuale Anteil der holländischen Glasfabriken am Gesamtabsatz des Syndikats noch wesentlich größer ist, als sich aus den offiziellen Beteiligungen mit Sicherheit ergibt. Diese Mitteilung der Vereenigden Glasfabrieken ist nicht so ohne weiteres verständlich. Sie wird aber klar, wenn man berücksichtigt, daß die Quoten des internationalen Syndikates reine Exportquoten sind, mit anderen Worten, der Inlandabsatz aller beteiligten Länder ist nicht in den Exportquoten enthalten. Nur bezüglich der Düsseldorfer Verkaufsgesellschaft sind die Kontingente für Deutschland bekannt.

Wenn nun für die Vereenigde Glasfabrieken ein Kontingent vorgesehen ist von 31,32 Millionen Flaschen, so heißt das, daß diese Gesellschaft außerhalb des Inlandabsatzes ein Anrecht auf eine Exportquote von 31,32 Millionen Flaschen hat. Ebenso verhält es sich für die anderen angeschlossenen Länder. Es ist daher verständlich, daß den kleinen Ländern wie Holland und der Tschechoslowakei, die einen verhältnismäßig kleinen Inlandsmarkt haben, die Möglichkeit einer größeren Exportquote gegeben wird, um auf diese Weise die ihnen zugestandenen Verkäufe ihrer Produktionskapazität anzupassen.

Ein Schönheitsfehler bei dem Zustandekommen des internationalen Flaschensyndikates liegt darin, daß es nicht gelungen ist, zwei wichtige Produktionsländer, Frankreich und Belgien, hineinzubeziehen. Während die französische Flaschenindustrie vollbeschäftigt ist durch den Inlandsabsatz, besteht zur Zeit die Gefahr einer Störung des internationalen Kartells durch dieses Land nicht, obschon es durch billige Gestehungspreise, hervorgerufen durch niedrige Arbeitslöhne und geringe Steuern, hierzu in der Lage wäre.

Belgien ist vielleicht jetzt schon das ernsteste Außenseiterland, das danach strebt, sich unter allen Umständen seinen Platz am Export zu sichern.

Bezüglich der deutschen Verbandshütten sei erwähnt an erster Stelle die A.-G. der Gerresheimer Glashüttenwerke, Düsseldorf, die in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts von Ferd. Heye gegründet und im Jahre 1888 in eine Aktiengesellschaft unter dem jetzigen Namen umgewandelt wurden. Als Hauptdaten aus der Entwicklungsgeschichte seien genannt die Jahre:

1898, Erwerb der Glasfabrik F. A. Meyer & Söhne in Porta mit Berghütte vorm. A. Kuhlmann,
1899, Pachtung der Kreuznacher Glashütte,
1901, Erwerb der Glashütte Teutoburg, W. Gößling & Sohn in Brackwede,
1902, Erwerb der Glasfabrik Gernheim,
1904, Ankauf der Glasfabrik Wittekind in Minden,
1909, Erwerb der Glasfabrik Büdingen,
1911, Erwerb der Glasfabriken Lippstadt und Loitz,
1922, Erwerb der Kreuznacher Glashütte,
1924, Verkauf der Beteiligungen an der Spiegelglasfabrik Reisholz A.-G., Reisholz und an der Glasfabrik Capellen A.-G., Düsseldorf,
1926, Beteiligung an einer ausländischen Flaschenfabrik (Italien?), Erwerb eines Steinbruches nebst Seilbahnanlagen, Aufstellung großer Owens-Maschinen und einer 2000 PS Dampfturbinenanlage.

Als hauptsächlichste Beteiligung dieser Gesellschaft sei genannt etwa 17 Prozent bei den Vereenigden Glasfabrieken, Schiedam (Aktienkapital 1 145 000 hfl.)

Die Gerresheimer Glashüttenwerke, vorm. Ferd. Heye, haben bis jetzt die Führung in der Flaschenfabrikation beibehalten.

An zweiter Stelle kann der Siemens-Konzern, Dresden, genannt werden. Die Aktien dieser Gesellschaft sind zum größten Teil in den Händen der Ost-Werke, Berlin, die in letzter Zeit den Charakter einer Holding-Gesellschaft angenommen haben und außer dem Siemens-Konzern vornehmlich Beteiligungen an Bierbrauereien, Brennereien usw. besitzen.

In der Generalversammlung der A.-G. für Glasindustrie vorm. Fried. Siemens wurde die Fusion zwischen der genannten Gesellschaft und der Stralauer Glashütte A.-G. durch Umtausch der Aktien 1 : 1 durchgeführt.

Die Quote des Siemens-Konzerns an dem neugegründeten internationalen Flaschensyndikat beträgt 34,59 Millionen Flaschen. Der Anteil der Siemens-Gesellschaft lautet über 11,93 Millionen Flaschen, derjenige der Stralauer Glashütte auf 6,59 Millionen. Dazu tritt die Quote der bisher schon zugehörigen Grazer Glasfabrik mit 0,14 Millionen Flaschen. Ferner tritt hinzu die im neuen Jahre übernommene große Quote von 15,93 Millionen Flaschen der tschechischen Glasfabrik Kosten.

Die A.-G. für Glasindustrie vorm. Fried. Siemens wurde im Jahre 1888 in Dresden gegründet durch Erwerb bei ihrer Gründung der seit 1862 bestehenden Firma Dresdener Glasfabrik Fried. Siemens in Dresden. Erworben wurden ferner die Dresdener Hartglasfabrik, die Glashütte Döhlen, die Flaschenverschlußfabrik Döhlen, die Flaschenfabrik Neusattl bei Elbogen und die Flach-, Preß- und Gußglasfabrik Neusattl bei Elbogen.

Weiter wurden erworben:

1890 die Glashütte Kosten,
1900 die Glasfabrik Ilsch bei Schneidemühl,
1902 die Glas- und Chamottefabrik Wirges, ausgedehnte Tongruben bei Wirges, die Glasfabriken Osterwald und Gertraudenhütte,
1911 die Glasfabrik Graz und
1912 die Glasfabrik C. Scharff in Gleiwitz.

In den letzten Jahren erwarb die Gesellschaft etwa 70 Proz. der Anteile der Glashütte Copitz-Pirna G. m. b. H., Copitz a. d. E., der Glashüttenwerke Lippold & Müller G. m. b. H., Pirna, und der sächsischen Glasfabrik G. m. b. H., Dohma. 1927 wurden die Fabriken in Ilsch und Dziembowko in Polen in eine Aktiengesellschaft polnischen Rechts umgewandelt.

Die durch Fusion aufgenommene Stralauer Glashütte A.-G., Berlin-Stralau, hat ein Werk in Berlin-Stralau mit 4 Owens-Anlagen mitgebracht sowie ein Werk in Rauscha in Schlesien.

Als nächstgrößte Mitglieder des Flaschenverbandes sind zu nennen: die Glaswerke Ruhr der Hugo-Stinnes-Hütte sowie die Glasfabrik H. Heye, Hamburg.

Die Flaschenindustrie hat eine schwierige Entwicklungsperiode hinter sich, in deren Verlauf es indessen gelungen ist, vom Handbetrieb fast zum völlig mechanischen Fabrikationsverfahren überzugehen. Die unter großen Opfern von Amerika abgekauften Owens-Patente haben hauptsächlich in der Flaschenindustrie Eingang gefunden. Das Bedienungspersonal für diese Maschinen ist zur Produktionskapazität gering.

Viele Flaschenfabriken sind ein Opfer der Mechanisierung und Syndikatsbildung geworden.

Die Reorganisation des Flaschenverbandes soll eine Preissteigerung nicht zur Folge gehabt haben, da es jedenfalls infolge des gemeinsamen Verkaufs gelungen ist, Verkaufskosten einzusparen. Die Gesamtsituation der Flaschenindustrie ist bei der jetzigen Wirtschaftskrise nicht glänzend, jedoch zeigen die Abschlüsse bessere Verhältnisse als in den übrigen Kreisen der Glasindustrie.

Unter Annahme einer 40prozentigen Produktionseinschränkung der Verbandshütten würde mithin mit einem Gesamtumsatz in den angeschlossenen Ländern, einschließlich Export, von 113 271 300 RM zu rechnen sein. Gefühlsmäßig dürfte der Inlandskonsum in Oesterreich, Ungarn und Polen eher etwas niedriger sein als angenommen wurde.

Schwierigkeiten bei Verbindlichkeitsverhandlungen.

Am 27. September d. J. wurde für die feinkeramische Industrie ein Schiedsspruch gefällt, den die Arbeitnehmer annahmen und dessen Verbindlichkeit sie beantragten. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab.

Am 7. Oktober lief die Erklärungsfrist ab. Am 20. Oktober fanden die Nachverhandlungen im RAM. statt. Die Arbeitgeber waren dabei in großer Zahl vertreten und packten wieder umfangreiches Material aus. Die Verhandlungen versiefen ergebnislos. Das RAM. verhandelte dann später einzeln mit den Parteien und versucht nun seitdem eine Vereinbarung herbeizuführen, weil es die Verbindlichkeit nicht aussprechen will. Die Arbeitgeber verlangten, daß wir den Antrag auf Verbindlichkeit zurückziehen und ein neues Verfahren ermöglichen sollten. Bei dem neuen Verfahren sollten insbesondere auf Wunsch der Arbeitgeber die Bestimmungen über die Bildung der Stückpreise einer Aenderung zugunsten der Unternehmer unterzogen werden. Die Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Vertretung sollte völlig ausgeschaltet werden. Absatz 3 des § 29 sollte unter allen Umständen fallen. Vor allen Dingen sollte die Laufdauer des Mantel- und Lohntarifes bedeutend herabgedrückt werden, möglichst auf den 31. Dezember dieses Jahres. Dazu sollte eine gewaltige Lohnminderung herbeigeführt werden.

Dieses Ansinnen mußte von Arbeitnehmerseite abgelehnt werden. Die Arbeitnehmerseite machte immer wieder geltend, daß im Mantelvertrag schon genügend Verschlechterungen enthalten seien für die Arbeitnehmer.

Das Ministerium zögert mit dem Aussprechen der Verbindlichkeit bis zur Stunde und versucht mit allen Mitteln eine Vereinbarung zustande zu bringen, mit wesentlicher Verkürzung der Laufdauer der Verträge. Bei dem Schreiben dieser Zeilen dauern die Verhandlungen noch an.

Uns ist das Zögern des RAM. unverständlich, da gerade bei diesem Verfahren und bei dem Zustandekommen dieses Schiedsspruches auf Veranlassung des RAM. drei Schlichter mitgewirkt haben und deren Objektivität das RAM. doch in Rechnung stellen müßte.

Die Arbeitnehmerseite erwartet immer noch vom RAM., daß es den von diesem Schlichterkollegium mit Mehrheit gefällten Schiedsspruch bei seiner Entscheidung respektiert.

Porzellaneinfuhr nach Deutschland.

In den Heften Nr. 20 und 21 des „Keramos" beschäftigt sich Professor Vershofen unter dem Titel „Studien zur deutschen Handelsbilanz für keramische Waren mit der Einfuhr von Porzellanwaren nach Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der japanischen Einfuhr". Vershofen hebt hervor, daß die interessierten Kreise mit Besorgnis das Zunehmen des Imports nach Deutschland betrachten. So habe z. B. Japan, das das deutsche Porzellan in Niederländisch-Indien und Nordamerika stark bedränge, eine Zunahme der Einfuhr seit dem Jahre 1925 dem Werte nach von 65 000 RM auf 407 000 RM im Jahre 1927 zu verzeichnen. Diese 407 000 RM sind allerdings nur 0,4 Proz. der Gesamteinfuhr keramischer Waren im Werte von 8 883 000 RM. Die Gefahr der weiteren Zunahme wird aber als eine erhebliche dargestellt. Unter anderem wird behauptet, daß der Einfuhrwert von 1929, 1930 trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands noch überschritten werde. Die Zunahme der Einfuhr wird mit dem niedrigen Preis und den Launen der Konsumenten begründet. Das letztere mag bedingt zutreffen, aber bestimmt nur für solche Leute, die es sich leisten können und trotz der nationalen Phrase, die sie immer im Munde führen, ausländische Produkte den inländischen vorziehen. Zugegeben wird von Prof. Vershofen, daß der Wert der Vorkriegseinfuhr, der mit 417 000 Mk. angegeben wurde, 1929 noch nicht erreicht worden ist. Neben dem Wunsch, exotische Erzeugnisse zu besitzen, spiele bei der Zunahme der Einfuhr auch der niedrige Preis eine Rolle. Es wird sogar behauptet, das die Händlerverbände ihre Mitglieder zur Aufnahme japanischer Waren auffordern. Der Industrie wird nahegelegt, im Verein mit den Händlern zusammen dem Problem der japanischen Einfuhr größte Aufmerksamkeit zu schenken und zwischen den beiden Interessentengruppen eine Verständigung herbeizuführen. Die Feststellung, daß die Einfuhr auch hochwertige Produkte umfasse, bestätigt, daß nur zahlungsfähige Kreise nach der japanischen Ware greifen. Der Durchschnittswert pro Tonne liegt bei Geschirr über 1800 RM, während der Durchschnittswert der deutschen Ware nur 1200 RM ist.

Wir glauben nicht, daß jemals japanische Ware in breiteren Kreisen Deutschlands abzusetzen ist. Feststellungen in den Schaufenstern der Geschäfte zeigen uns, daß billige japanische Waren qualitativ weit unter den deutschen Waren liegen. Es erscheint also ausgeschlossen, daß die breite Masse der deutschen Konsumenten, um dem deutschen Erbübel, Ausländisches dem Inländischen vorzuziehen, zu frönen, für schlechtere Ware besseres Geld zahlen wird.

Interessant ist die Feststellung, die Vershofen trifft, daß der Lohnanteil in Japan derselbe sein dürfte als in Deutschland, und daß die billigeren Herstellungskosten vermutlich bei den Roh- und Hilfsstoffen liegen müssen. Er sagt, entweder müssen diese wesentlich billiger sein oder die japanischen Betriebe viel rationeller arbeiten als die deutschen Betriebe. In Wirklichkeit sei beides der Fall. Besonders den letzten Umstand unterstreicht er durch Feststellung der Tatsache, daß die großen japanischen Fabriken mit den besten deutschen Maschinen nach einheitlichen Plänen arbeiten. Die deutschen Fabriken haben sich dem gegenüber allmählich entwickelt und schleppen natürlich noch viel veraltete Betriebseinrichtungen mit durch.

Interessant für unsere Kollegen dürfte sein und wert zu ihrer Kenntnis gebracht zu werden, wie die Zusammensetzung der japanischen Industrie ist. Die alten handwerklichen Porzellanbetriebe, die noch vielfach Heimarbeit kennen und die früher die hochwertigen Sammlerartikel hervorgebracht haben, sind nicht in der Lage, mit den deutschen Porzellanen zu konkurrieren. Konkurrenzfähig sind nur die mit deutschen Maschinen aufgebauten modernen Betriebe, schreibt Prof. Vershofen. Diese Feststellung beweist, daß sich auch in der Porzellanindustrie Verschiebungen vollzogen haben, welche die Ausfuhr von Erzeugnissen zurückgedrängt haben. Dafür ist aber die Ausfuhr zur Erzeugung von Porzellan notwendiger Maschinen entwickelt worden. Japan hat auch bezüglich der Porzellanindustrie wie in anderen Industrien, und wie überhaupt bei seiner Entwicklung, eine ganze Epoche übersprungen. Wenn Prof. Vershofen schreibt, daß auch in Japan mit der stärkeren Industrialisierung die Löhne steigen werden und auch einmal der Tag gekommen sein wird, wo sich der Lohnanteil relativ so auswirkt wie in den europäischen Industrieländern und dabei die richtige Bemerkung macht, daß wir aber solange nicht ruhig zusehen können, so unterstreichen wir das als Arbeitnehmer. Um die japanische Einfuhr von Porzellan nach Deutschland anzuhalten, müssen die deutschen Betriebe technisch auf der Höhe sein. Die Kaufkraft der deutschen Konsumenten muß gestärkt werden und das nationale Uebel der Deutschen und die deutsche Eigentümlichkeit, ausländischen Produkten vor inländischen, auch wenn sie schlechter sind, den Vorzug zu geben, muß mit allen Mitteln bekämpft werden.

„Die Wiedergeburt des Porzellans."

Der neue grundlegende, einfache, gerechtere, suchende Geschmack der Nachkriegszeit wirkte auf die Porzellan- und Steinguterzeugung wie eine Verjüngungskur. Neubelebt, schlank, beweglich steht sie nun da und zeigt mit erfreulicher Frische, daß sie noch sehr lebens- und leistungsfähig und keramisch stark ist. Man hätte ihr das kaum mehr zugetraut, daß sie noch einmal so aufblühen könnte, aber es zeigt sich eben, in der Keramik steckt die uralte Kraft der Neugestaltung, des neuen Werdens, der Wiedergeburt, und das Porzellan als ihr höchstentwickeltes Kind profitiert davon auch.

Wenn man Museen durchwandert und die Ausstellungshallen der Staatlichen Porzellanmanufakturen kennt, wenn man die Porzellanerzeugnisse der schönsten Zeiten in ihrer höchsten Entfaltung immer wieder überblickt, könnte man fast zu der Auffassung kommen, das kann nicht mehr überboten werden, Vollkommeneres läßt sich nicht mehr schaffen, das und jenes ist höchste Vollendung. Die Auffassung ist falsch. Das letzte Jahrzehnt keramisches Schaffen bewies uns, daß gottbegnadete Künstler und Künstlerinnen immer wieder neue Anregungen zu geben und daß sie Werke für unseren Zeitgeschmack in höchster Formvollendung hervorzubringen vermögen. Sie haben uns gezeigt, daß das Porzellan gerade in unserer Zeit als Werkstoff für den Künstler wiedergeboren wurde.

Zu dieser „Wiedergeburt des Porzellans" gibt Dr. Erwin Müller ein wertvolles Beweisstück in seinem Buch „Die Wiedergeburt des Porzellans". Er behandelt dieses Thema in einer kultur- und kunstpsychologischen Einführung in die Porzellanplastik von Gerhard Schliepstein und verlegte es beim Delphin-Verlag, München, Herrnstraße 10. Das Geleitwort schrieb Dr. A. Zoellner. Der Verfasser bringt seinem Werk, das in Ganzleinen 8 RM kostet, in recht schwungvoller Weise den Nachweis, daß die neuzeitliche Porzellanplastik nicht nur Kunstgewerbe, sondern Kunst ist. Er faßt die Porzellangeschichte im Text sehr kurz und trotzdem übersichtlich zusammen und beschäftigt sich mit einem der bedeutendsten Vertreter der Porzellankunst, Gerhard Schliepstein. An Hand von guten Abbildungen seiner Schöpfungen schildert und analysiert er künstlerische Entwicklung dieses Mannes.

Das Buch im ganzen weist überzeugend nach, daß der Werkstoff „Porzellan" dem Formwillen des modernen Künstlers weitestes Entfaltungsmöglichkeiten bietet, und daß in den Schöpfungen der heutigen Porzellankünstler die stärksten künstlerischen Kräfte der Gegenwart Ausdruck gewinnen.

Gerhard Schliepstein verdient diese Anerkennung in vollstem Maße; denn er ist der markanteste Porzellanplastiker unserer Zeit mit. Seine Art zu gestalten, ist bewundernswert.

„Welche künstlerische Wandlung und Läuterung nahm das spröde Material (Porzellan) in dem letzten Jahrzehnt! Welche Wiedergeburt und welche Beseelung erfuhr der edle Werkstoff!

Diesen Entwicklungsgang aufzuzeigen und ihn in seinem letzten Teil an dem plastischen Werk eines unserer genialsten Artisten der neuen Zeit zu verdeutlichen, war die Absicht dieser Abhandlung; wenn man nicht dem anderen Leitgedanken den Vorrang geben will, der in der Ueberzeugung gipfelt, daß Porzellan in unseren Tagen eine eminent volkserzieherische Mission zu erfüllen hat. Seine Vornehmheit, seine stille, gelassene Heiterkeit, seine unerhört plastische Ausdrucksmöglichkeit, die von ihm geforderte Bedutsamkeit und seelische Feinfühligkeit bedeutet bei seiner Verbreitungsmöglichkeit in unserer Zeit, die von der Barbarisierung und Entblößung von Gefühls- und Gemütswerten stark bedroht ist, einen Wall gegen diese allzu technischen und allzu seelenlosen Tendenzen."

Damit hat Dr. Erwin Müller recht am Schlusse seines Buches. Wir möchten nur wünschen, daß das große Publikum das Buch und diese guten Hinweise nicht übersieht.

E. Nenninger.

Porzellan-Werbewoche.

Wie schon mehrfach in den letzten Jahren beabsichtigen die Interessenten der Porzellanerzeugung und des Porzellanvertriebes auch in diesem Jahre wieder eine Werbewoche zu veranstalten. Es braucht wohl nicht besonders betont werden, daß auch die Arbeiterschaft der Porzellanindustrie der Werbewoche den größten Erfolg wünscht, hängt doch für die Arbeitnehmer, die in den letzten Monaten mit rund 20 Prozent Erwerbslosigkeit und erheblicher Kurzarbeit rechnen mußten, von dem Erfolg der Werbung sehr viel ab.

Während die früheren Werbewochen unter dem Motto standen:

„Porzellan ist Schönheit, Porzellan ist Kultur",

soll die diesjährige Werbewoche unter dem Motto:

„Porzellan ist Hygiene"

stehen. Wenige Werkstoffe sind so berufen wie Porzellan, im [illegible] des Menschen eine Rolle zu spielen. In der Küche beim Zubereiten der Speisen, beim Kochen und Braten und auch beim Auftragen der Speisen sind Porzellangefäße zu treffen. Es erübrigt sich wohl, daß noch ein besonderer Nachweis geführt wird dafür, daß es beim Zubereiten der Nahrungsmittel auf äußerste Beachtung hygienischer Bedingungen ankommt. Daß das Porzellan allen diesen Voraussetzungen entspricht, ist erst in diesem Jahre wieder auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden festgestellt worden. Zwar hat man in alten Zeiten ohne Skrupel in Zinn-, Holz- und Tongeschirren die Speisen hergestellt und von ihnen gegessen. Damals war die Wissenschaft noch nicht wie heut in der Lage, den Nachweis zu erbringen, daß die Beschaffenheit der Gefäße, die zum Herstellen und Auftragen der Nahrungsmittel benötigt werden, oftmals Schuld daran hatten, daß Krankheitsstoffe übertragen wurden. Zinn oxydierte, Holz sangte die Flüssigkeiten auf. Bei tönernen Geschirren wird die Glasur leicht haarrissig und durch die feinen Risse saugt der Scherben gleichfalls die flüssigen Speisen und Saucen auf. Emaillierte Metallwaren haben den Nachteil, daß an Stellen, wo die Glasur abspringt, sich Rost ansetzt. Wenn auch neuerdings festgestellt ist, daß Rost an sich bei weitem nicht so gefährlich ist, als wie das bisher angenommen wurde, so weiß man aber, daß sich an rostigen Metallteilen Bakterien in großen Mengen ansammeln.

Bei Porzellan treffen alle diese Befürchtungen nicht zu. Die Glasur ist von solch außerordentlicher Säurefestigkeit, daß sogar in den chemischen Laboratorien, wo mit alles zersetzenden Säuren gearbeitet wird, Porzellangefäße Verwendung finden. Im Gegensatz zu anderen keramischen Produkten ist Porzellan aber auch, wenn es wirklich einmal angeschlagen wird, hygienisch unbedenklich weiter zu benutzen. Der Scherben selbst, unter der Glasur, ist gewissermaßen glasurgetränkt. Der Fachausdruck dafür heißt „gesintert". Der Scherben saugt also auch dann nicht auf, wenn an Bruchstellen die Glasur mangelt. Diese Vorzüge des Porzellans sind von den öffentlichen Gaststätten und Hotels schon seit langem anerkannt. Hier finden nur noch Porzellankaffee- und Speiseservice Verwendung. Andere keramische Produkte trifft man hier nicht mehr.

Neben den hygienischen Vorzügen des Porzellans soll aber auch seine Bildsamkeit und Schönheit nicht unerwähnt bleiben. Kein anderes keramisches Material, ganz zu schweigen von Eßgeschirren aus anderen Werkstoffen, ist so geeignet, ein Schmuck der Tafel wie auch des einfachsten Küchentisches zu bilden als Porzellan. Die schimmernde weiße Glasur gibt die Gewähr für höchste Sauberkeit und bildet einen vorzüglichen Schmuck. Der Formenreichtum in Verbindung mit der jeden Geschmack treffenden Verzierung ist geeignet, auch das einfachste Mahl zu einer festlichen Veranstaltung zu stempeln.

Auch für den schmalen Geldbeutel der werktätigen Schichten gibt es Porzellangeschirr und -Ziergegenstände, die geschmackvoll und zweckentsprechend geformt und dekoriert sind. Gott sei Dank ist es heute nicht mehr so wie vor einem halben Jahrhundert und früher, daß Porzellan nur noch für die Reichen der Reichen erschwinglich war. Daß Porzellan, Gebrauchs- und Ziergegenstände noch mehr als bisher auch von den breiten Schichten des Volkes gekauft werden können, sollte nicht nur die Sorge der Arbeiterorganisationen sein, sondern daran sollten auch die Erzeuger und Händler durch Gewährung zeitentsprechender Löhne und Arbeitsbedingungen interessiert sein.

Staublunge und Internationale.

Im Mai dieses Jahres waren die Berufssekretäre der Internationalen der Bergarbeiter, Steinarbeiter und Keramarbeiter in Brüssel zusammen und haben einer Resolution zugestimmt, in der zum Ausdruck kam, daß eine der nächsten internationalen Arbeitskonferenzen die Frage der Bekämpfung der Silikose auf die Tagesordnung setzen möge. An Dr. Carozzi, Chef der hygienischen Abteilung am internationalen Arbeitsamt, welcher als Delegierter des Amtes am Silikosekongreß in Johannisburg teilnehmen wird, wurde der Wunsch gerichtet, dem im Herbst tagenden Kongreß der Steinarbeiter-Internationale über die Tagung in Südafrika Vortrag zu halten. Es war vorgesehen, daß bei diesem Vortrag die Exekutiven der Bergarbeiter- und Keramarbeiter-Internationale zugegen sein sollten.

Dr. Carozzi hat am 5. Oktober in Paris Bericht über die Verhandlungen erstattet. Das Exekutivkomitee der Keramarbeiter konnte leider wegen der in Deutschland schwebenden Tarifverhandlungen nicht zugegen sein. Die „Steinarbeiterzeitung" berichtet, daß dieser Vortrag den Höhepunkt des Kongresses bildete und gibt dem Bedauern Ausdruck, daß die Keramarbeiter nicht vertreten sein konnten. Der Vortrag wird im Protokoll der Tagung ausführlich behandelt werden und werden wir, wenn dieses Protokoll vorliegt, unseren Kollegen darüber Bericht erstatten.

Nach dem Schlußwort des Referenten wurden zwei Entschließungen angenommen. In der ersten wird ein ständiges Zusammenarbeiten der drei Internationalen gefordert, damit die Anerkennung der Staublungenerkrankung als entschädigungspflichtige Berufskrankheit mit Hilfe des internationalen Arbeitsamtes in allen Ländern durchgeführt wird. Die zweite Resolution unterstreicht noch einmal die Forderung nach Ausdehnung auf andere Berufszweige. Für uns als Keramarbeiter kommen in Frage: die Ausdehnung auf die Steinguterzeugung, die Wandplatten-, Fußbodenplatten-, Fliesen-, Steinzeug- und grobkeramische Industrie. In dieser Richtung ist von unserem Verband schon starke Vorarbeit geleistet worden, die noch immer fortgesetzt wird.

Dänemark.

Aus einem Bericht, den wir aus Dänemark erhalten haben, entnehmen wir, daß die Tarif- und Lohnverträge für die dänische feinkeramische Industrie bis zum 1. Mai 1931 verlängert worden sind. Das wichtigste bei der Erneuerung der Verträge bestand darin, daß die Regulierung der Preiszahlen, die bisher stattgefunden hatte, in den Verträgen wegfiel; bekanntlich war dieses eine Forderung, die bei allen Vertragsverhandlungen dieses Jahres in den Vordergrund gestellt worden war und auf die auch die Arbeitgeber haben eingehen müssen.

Die dänische Keramindustrie ist mit Ausnahme der kgl. Porzellanfabrik gut beschäftigt gewesen. In der kgl. Porzellanfabrik haben die Unterglasurmaler seit Weihnachten vorigen Jahres nur 4 Tage in der Woche gearbeitet. Ebenfalls arbeiteten die Dreher dieser Fabrik längere Zeit hindurch nur 5 Tage in der Woche. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betrug insgesamt in der Keramindustrie in Dänemark im vergangenen Jahr bis jetzt 3—6 Proz. Die Mitgliederzahl im dänischen Verband betrug im Jahre 1930 804 Männer und 565 Frauen, zusammen 1369. Das ist die Gesamtzahl der Beschäftigten mit nur ganz einzelnen Ausnahmen.

Der Vorsitzende des dänischen Verbandes, A. Flodin, konnte vor einigen Wochen sein 25jähriges Dienstjubiläum als Verbandsvorstand und Vorsitzender des „Keramisk Forbund" feiern. Flodin ist auch unseren deutschen Kollegen ein guter Bekannter, weil er früher mehrere Jahre in verschiedenen Fabriken in Deutschland als Porzellandreher gearbeitet hat.

Rußlands Porzellanerzeugung.

Nach einem Bericht des Volkskommissariats für Volkswirtschaft hat sich die Lage der russischen Porzellan- und Steingutindustrie in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Die gesamte Erzeugung Sowjetrußlands an Porzellan- und Steingutwaren stieg von 48 700 t im Wirtschaftsjahr 1927/28 auf 53 500 t im Jahre 1928/29 und 59 200 t 1929/30. Auf die einzelnen Erzeugungsarten verteilt sich die Gesamtherstellung (in t):

	1927/28	1928/29	1929/30
Gebrauchsporzellan und Gebrauchssteingut	35 000	38 500	42 700
Steingut für sanitäre Zwecke .	1 700	1 800	2 000
Technisches Porzellan	12 000	13 200	14 500

Doch wird in dem Bericht hervorgehoben, daß die Produktionssteigerung hauptsächlich auf Kosten der Qualität erfolgt ist. In vielen Fabriken bestand, wie bei einer Nachprüfung festgestellt wurde, die für den Versand bereitgestellte Ware bis zu 45 v. H. aus Ausschuß.

Leipziger Messen im Jahre 1931.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1931 beginnt am Sonntag, dem 1. März, und zwar dauert die Mustermesse in allen ihren Gruppen bis Sonnabend, den 7. März mit der Ausnahme, daß die Textilmesse bereits am 4. März, und die Sportartikelmesse am 5. März schließen. Die Große Technische Messe und Baumesse beginnt ebenfalls am 1. März, dauert aber bis 11. März. — Die Leipziger Herbstmesse 1931 beginnt am 30. August.

Drosselung der Bauwirtschaft.

Das Brüningsche Regierungsprogramm will für das Baujahr 1931 die Hauszinssteuermittel, mit denen der Wohnungsbau zum erheblichen Teil finanziert wurde, auf die Hälfte, das heißt auf 400 Millionen RM senken.

Es ist vorgesehen, mit diesen gesenkten Mitteln 165 000 Kleinwohnungen einfachster Art zu erstellen. Bis zu 50 000 Wohnungen sollen weiter aus dem Kapitalmarkt finanziert werden.

Nehmen wir nun an, es gelingt, das Regierungsprogramm zu verwirklichen und zu den 165 000 Kleinwohnungen, die mit Hauszinssteuermitteln erbaut werden sollen, auch noch die Finanzierung von 50 000 Wohnungen auf dem freien Kapitalmarkt durch Anleihen zu ermöglichen, so müssen folgende Fragen aufgeworfen werden:

1. Kann durch das Bauprogramm die darniederliegende Wirtschaft gehoben werden?
2. Besteht weiter die Möglichkeit, durch ein derartiges Bauprogramm den Arbeitsmarkt zu entlasten?
3. Ist der Wohnungsbedarf so weit gedeckt, daß jährlich 215 000 neu erbaute Wohnungen (im Höchstfall) ausreichend sind, um der Nachfrage zu entsprechen.

Zu Frage 1 darf darauf hingewiesen werden, daß in den Jahren 1927—1929 300 000 bis 330 000, im Mittel 310 000 Wohnungen jährlich erstellt wurden. Da das Regierungsprojekt für 1931 nur 215 000 im Höchstfall vorsieht, so beträgt der Ausfall rund 100 000 Wohnungen, die weniger gebaut werden.

Die Bauwirtschaft wird also gegenüber dem Stand von 1929 um rund 30 Proz. gedrosselt. Da jedoch überwiegend nur Kleinwohnungen gebaut werden sollen, ist die Abdrosselung noch weit stärker und auf über 50 Proz. zu bemessen.

Von der geldlichen Seite aus betrachtet ergibt sich folgendes Bild:

		Aufgebrachte Mittel und Kosten der erbauten Wohnungen in Milliarden RM
1929 wurden erbaut	320 000 Wohnungen	3,2
1931 Regierungsprojekt	165 000 Kleinwohnungen	1,0
	50 000 Kleinwohnungen	0,6
	Gesamtbetrag 1931	1,6

Der ausfallende Betrag, der der Bauwirtschaft allein aus dem Wohnungsbau weniger zufließt, ist 1,6 Milliarden RM = 50 Proz.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung bedeutet demgemäß in der Praxis die stärkste Drosselung der Bauwirtschaft.

In dem gleichen Ausmaß wie die Bauwirtschaft gedrosselt, muß sich auch die Arbeitsmarktlage verschlechtern und muß die Frage 3 leider dahingehend beantwortet werden, daß das Brüningsche Bauprogramm den Arbeitsmarkt nicht entlastet, sondern auf das bedrohlichste belastet.

Die Zahl der Berufstätigen in der Bauwirtschaft beträgt rund 3 Millionen. In dieser Zahl sind alle jene Industriezweige eingerechnet, die an der Bauwirtschaft beteiligt und interessiert sind. Zum Beispiel: Industrien der Steine und Erden, Holz, Eisen, Metall, Glas, Tapeten, Farben, Linoleum usw.

Von diesen 3 Millionen waren bereits 1929 zeitweise über 1 Million, im Jahresdurchschnitt 500 000 Arbeiter erwerbslos. Im Jahre 1930 war diese Zahl bereits auf 700 000 gestiegen. Eine Drosselung der Bauwirtschaft um 50 Proz., wie es das Brüningsche Bauprogramm vorsieht, würde die Zahl der Arbeitslosen wenigstens auf das Doppelte schnellen lassen.

Allein in der Bauwirtschaft im Jahresdurchschnitt eine Million Arbeitslose, was in den Wintermonaten 2 Millionen bedeutet, nur in der Bauwirtschaft, dürfte auch keine Regierung ertragen können. Geradezu ungeheuerlich müßte sich die Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft gestalten, wenn man annimmt, daß nicht nur die Wohnungswirtschaft, sondern die gesamte Bauwirtschaft entsprechend gedrosselt werden sollte. Das Regierungsprogramm gibt leider darüber keine Auskunft, so daß die schlimmsten Befürchtungen berechtigt erscheinen.

Wirtschaftlich, aber auch arbeitsmarktpolitisch dürfte das Brüningsche Bauprogramm zu Erschütterungen führen, die in ihren Auswirkungen geradezu grauenhaft sind. Immer noch wird vergessen, daß die Bauwirtschaft für den Innenmarkt mit von ausschlaggebender Bedeutung und mit ihren Ausstrahlungen auf weite Gebiete der Wirtschaft geeignet ist, unsere Gesamtwirtschaft gerade in Krisenzeiten anzukurbeln und zu beleben. Im mindesten sollte bei niedergehender Konjunktur die Bauwirtschaft berufen sein, als Ausgleichsfaktor eine Rolle zu spielen, um starke Schwankungen und Krisen zu mildern. Das Regierungsprogramm beschreitet jedoch den umgekehrten Weg und verschärft damit die gegenwärtige Lage.

Prüfen wir nunmehr die dritte Frage, ob der Wohnungsbedarf bereits so gedeckt ist, daß stärkeres Bauen eine Verschwendung von Volksvermögen darstellt.

Nach amtlichen Feststellungen haben wir einen laufenden Bedarf von jährlich 250 000 Wohnungen. Dazu kommt ein Fehlbedarf von 500 000 Wohnungen, die benötigt werden, aber nicht vorhanden sind. 300 000 Wohnungen sind abbruchsreif und kommen nur noch als Notwohnung in Betracht. Die Zahl der abbruchsreifen Altwohnungen erhöht sich jährlich um 20 000. 750 000 Altwohnungen sind als überbelegt festgestellt und müßte, da mehrere Familien in solchen Wohnungen leben, notwendigerweise neuer Wohnraum geschaffen werden. Es fehlen also etwa 1 Million Wohnungen, um Nachfrage und Bedarf zu decken. Hinzu kommt dann noch der laufende Bedarf von jährlich 250 000 Wohnungen.

Die Tatsache, daß in den letzten Jahren mehr denn 300 000 Wohnungen jährlich erstellt wurden, konnte zu der Annahme führen, daß in absehbarer Zeit die Wohnungsnot behoben würde. Das Brüningsche Bauprogramm ist jedoch geeignet, die Wohnungsnot zu verewigen. Der Umstand, daß heute Wohnungen leer stehen, darf in keiner Weise dafür sprechen, den Wohnungsbau einzuschränken. Leer stehen solche Wohnungen, die zu teuer und demgemäß nicht zu bezahlen sind. Hier einzusetzen, wäre eine dankbare Aufgabe der Regierung gewesen. Den Wohnungsbau stärkstens zu forcieren und billig zu bauen, das ist das große Problem der Zeit, welches gelöst, dankbare Anerkennung gefunden hätte. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß jede Drosselung auch eine Verteuerung in sich birgt. Eine großzügige Arbeitsbeschaffung würde die Ersparung von Hunderte Millionen Reichsmark Arbeitslosenunterstützung zeitigen, die Verwendung finden könnten für die Zinsverbilligung der Baugelder oder für Mietszuschüsse, was wiederum eine tragbare Mietsbildung gestattet. Arbeit zu schaffen, bedeutet auch die Steuereingänge zu erhöhen und somit den Etat schneller in Ordnung zu bringen.

Die Regierung Brüning geht jedoch Wege, die allein staatspolitisch außerordentlich bedenklich sind. Die Bauwirtschaft wird gedrosselt und damit bewußt das Heer der Arbeitslosen vergrößert. In demselben Atemzuge aber sagt die Regierung, daß aus Reichsmitteln die Arbeitslosen nichts mehr zu erhoffen haben. Eine solche Maßnahme können nur Menschen treffen, die von allen guten Geistern verlassen sind.

Geradezu grotesk wirken die Beschlüsse der Regierung, 400 Millionen des Hauszinssteueraufkommens zur Senkung der Realsteuern, besonders der Gewerbesteuer zu verwenden. Dieses Vorhaben dürfte eine schöne Geste sein, die in der rauhen Wirklichkeit bald ihre Erledigung finden wird. Anstatt Pläne zu schmieden, wie Steuern gesenkt werden können, sollte man in erster Linie bestrebt sein, Arbeit zu schaffen; dadurch würden an sich die Steuereingänge erhöht werden, die Etats der öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Fürsorgestellen würden entlastet und soweit wäre die Möglichkeit geschaffen, nach und nach eine Senkung auch von Steuern eintreten zu lassen.

Wir resümieren: Nicht Drosselung der Bauwirtschaft, sondern stärkste Ankurbelung ist das Gebot der Stunde.

Feuerfeste Baustoffe im Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit.

Nach dem Prüfverfahren des deutschen Normenausschusses sind zu den seit dem Anfang des Jahres 1929 abgeschlossen vorliegenden Normblättern über Allgemeines, Begriffsbestimmung, Probeentnahme, chemische Analyse und Feuerfestigkeitsbestimmung bis Anfang 1930 weitere Normblätter über Erweichen bei hohen Temperaturen unter Belastung, spezifisches Gewicht, Raumgewicht, Porosität und Bestimmung der Druckfestigkeit bei Zimmertemperatur hinzugekommen. Das Blatt für Nachschwinden und Nachwachsen ist erweitert worden, zum Beispiel ist außer der linearen Messungsweise, die bereits im Entwurf, der im Jahre 1928 veröffentlicht wurde, die volumetrische Messungsart eingehend untersucht worden. Hierbei hat sich herausgestellt, daß mit dem Quecksilberverdrängungsverfahren sehr gute Ergebnisse erzielt wurden, während das Wasserverdrängungsverfahren große Streuungen ergab. Für das entsprechende Normblatt ist ein zweiter Entwurf mit der Anregung veröffentlicht worden, daß die beteiligte Industrie nach beiden Arten ihre Untersuchungen vornehmen möchte und die gefundenen Ergebnisse an den deutschen Normenausschuß zur Kenntnis bringen soll, um auf Grund der Erfahrungen weiter Kreise auch für diese Prüfungsart etwas Gediegenes zu schaffen. Auch für die Bestimmung des Widerstandes gegen schroffen Temperaturwechsel und für die Verschlackungsprüfung sind Entwürfe veröffentlicht worden. Wenn im allgemeinen die Versuchsergebnisse, auf Grund deren die Verfahren aufgestellt wurden, noch nicht als ausreichend betrachtet werden, so hielt es der Ausschuß für wichtig, die Verfahren den einzelnen Stellen zur Kenntnis zu bringen, damit auch hier an verschiedenen Stellen Versuche vorgenommen werden können, deren Ergebnisse ebenfalls dem deutschen Normenausschuß eingereicht werden sollen, um eine gute Unterlage für die endgültigen Normblätter zu bekommen. Da das Gebiet der Prüfung der feuerfesten Baustoffe noch ziemlich in der Entwicklung begriffen ist und erwartet wird, daß im Laufe der Zeit noch andere Prüfverfahren gefunden werden, die genauere Ergebnisse zeitigen, so soll nach einem bestimmten Zeitraum eine Ueberprüfung der endgültigen Normblätter stattfinden, um sie gegebenenfalls der neueren Erkenntnis entsprechend ergänzen zu können. Für die Gütenormen ist das Blatt „Allgemeines und Abweichungsgrenzen" endgültig herausgegeben worden. Die Normblätter für die Gütebestimmungen für bestimmte Gebiete, z. B. für Hochofensteine und für Siemens-Martin-Ofensteine, konnten noch nicht als Entwürfe veröffentlicht werden, weil die von der verbrauchenden Industrie geforderten Gütezahlen noch nicht von allen Firmen der erzeugenden Industrie eingehalten werden können und daher die gegenteiligen Meinungen erst noch einander angeglichen werden müssen. Es wird erwartet, daß Ende dieses Jahres veröffentlichungsweise Entwürfe vorliegen. Neben den Güteforderungen für die Eisenhüttenindustrie sind auch die Gütebestimmungen für feuerfestes Material der Industrieöfen in Angriff genommen worden. Durch Rundfrage bei der beteiligten Industrie wird festgestellt, welche Forderungen die einzelnen Werke bis jetzt gehabt haben. Auf diese Weise wird gehofft, eine bestimmte Güteverteilung für derartige Baustoffe zu erhalten. Die Arbeiten für die Wölbsteine sind weiter gefördert worden. Nach dem augenblicklichen Stand zu urteilen, wird eine wesentliche Einschränkung der Steinsorten stattfinden können. Die bereits aufgestellten Vorentwürfe sind zurückgestellt worden und werden durch neue, die noch in der Ausarbeitung begriffen sind, ersetzt. Der Vorteil der Normung in der feuerfesten Industrie liegt in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet. Die einzelnen erzeugenden Industrien für feuerfeste Steine bekommen ganz bestimmte Richtlinien, nach denen die Steine herzustellen sind, in die Hand und sind dadurch in der Lage, ihre Erzeugnisse so herzustellen, daß bei normgerechter Lieferung unliebsame Reibereien mit den Verbraucherkreisen ausgeschlossen sind. Die einheitlichen Richtlinien für die Prüfung bürgen dafür, daß Schiedsgerichtsuntersuchungen, die von verschiedenen Seiten vorgenommen werden, für dasselbe Material auch notgedrungen dieselben Ergebnisse haben müssen. Weiter hat die erzeugende Industrie den Vorteil, bei Auslandslieferungen nach deutschen Vorschriften zu liefern und, da nach den Normen nur Qualitätsmaterial geliefert wird, der deutschen Industrie im Auslande neue Absatzgebiete zu verschaffen. Die verbrauchende Industrie hat den Vorteil, daß sie für die einzelnen Bedürfnisse auch wirklich das geliefert bekommen kann, was sie braucht. Weiter ist sie in der Lage, für besonders hoch beanspruchte Bauteile bessere Qualitäten zu erhalten, die eine große Lebensdauer verbürgen. B.

Zusammenschluß in der Wandplatten-Industrie.

Bereits im September d. J. fanden Verhandlungen zwischen den Wandplattenproduzenten statt, um zur Gründung eines Syndikats zu kommen. Diese Verhandlungen zerschlugen sich damals, weil man sich über die Quotenverteilung nicht einigen konnte. Nun sind Zeiten rückläufiger Konjunktur nicht gerade Zeiten, da man bei gegenseitiger Konkurrenz noch sehr gute Geschäfte machen kann. — Damit wollen wir nicht sagen, daß die Wandplattenindustrie jetzt nicht mehr gut verdient, im Gegenteil, besonders einige Werke mit starkem Exportabsatz machen zur Zeit noch ganz gute Geschäfte. —

Es haben aber jetzt einige Werke stillgelegt, bzw. wegen mangelnden Absatzes die Betriebe eingeschränkt. In Berücksichtigung der rückläufigen Baukonjunktur und der besonderen Maßnahmen, den Wohnungsbau möglichst zu verbilligen, leidet die Wandplattenindustrie natürlich unter zu geringem Absatz. Hinzu kommt noch, daß auch die öffentlichen Körperschaften, Bauten, insbesonderen U-Bahnbauten infolge Kapitalmangel bedeutend eingeschränkt haben, und dadurch der Absatz von Platten auch zurückgegangen ist. Alle diese Momente bewirken natürlich einen scharfen Wettbewerb unter den einzelnen Werken.

Auch durch Rationalisierungsmaßnahmen ist die Produktionskapazität der Werke bedeutend gesteigert worden. Man kann also bei der jetzigen Absatzmöglichkeit, besonders für den deutschen Markt, von einer gewissen Ueberproduktionskapazität der Wandplattenindustrie sprechen.

Nach dem Scheitern der Syndikatsverhandlungen im September nahm man wohl in beteiligten Kreisen an, daß sich die jetzige Krise als eine Art Reinigungskrise, d. h. daß überzählige Werke gänzlich zum Erliegen kommen würden, auswirken dürfte, und man dann mit mehr Erfolg eine Quotenverteilung in Angriff nehmen könne. Diese Ansicht hat sich bis jetzt nicht bestätigt, aber immerhin scheint sich der Wettbewerb doch dahin ausgewirkt zu haben, daß man Syndikatsverhandlungen geneigter gegenübersteht. Ob die in der Fachpresse angekündigten Verhandlungen zur Syndikatsbildung führen werden, scheint indessen zweifelhaft, denn immer noch sind die Gegensätzlichkeiten groß. Die Arbeiterschaft in der Wandplattenindustrie muß diesen Vorgängen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, damit nicht die schädlichen Folgen auf ihrem Rücken ausgetragen werden.

Ein gesteigerter Absatz von Plattenprodukten wird erst dann einsetzen, wenn die Einkommensverhältnisse der breiten Massen bedeutend erhöht werden. Bei den jetzt gezahlten Löhnen sind die Arbeiter nicht imstande, die Miete für eine Wohnung zu bezahlen, in der, wie es der modernen Anschauung und den hygienischen Verhältnissen entspricht, Platten verwendet wurden. Bei gesteigerten Einkommensverhältnissen werden auch die Gemeinden in ihren Fürsorgeetats entlastet, so daß auch hier wieder Mittel frei werden, die man zu notwendigen öffentlichen Bauten verwenden kann. Nicht Lohnabbau, sondern Lohnsteigerung wird auch der Wandplattenindustrie die augenblicklichen Absatzschwierigkeiten überwinden helfen.

Stellung des Reichswirtschaftsrats gegen die Zementpreise.

Zu der Frage der Zementpreisbildung hat der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates folgende Beschlüsse gefaßt:

„Der Ausschuß kommt auf Grund der Sachverständigenvernehmung zu dem Ergebnis, daß die von den Zementsyndikaten vorgeschriebenen und zur Zeit der Vernehmung geltenden Preise in niedergehender Konjunktur volkswirtschaftlich keineswegs gerechtfertigt waren. Der Ausschuß hält eine Preispolitik, die im wesentlichen auf die Außenseiterbekämpfung eingestellt ist, für höchst bedenklich. Sie hat für Verbraucherkreise in den unbestrittenen Bezirken vielfach zu überhöhten Preisen geführt. Die Einführung und Aufrechterhaltung von Kampf-Zementen führt zur Preisundurchsichtigkeit und steht der notwendigen Preiswahrheit entgegen. Die nach den Sachverständigenvernehmungen eingetretenen Preissenkungen erscheinen dem Ausschuß sehr beachtlich. Eingriffe der Reichsregierung in die Preisentwicklung auf Grund der Notverordnung hält er angesichts der tatsächlich eingetretenen Marktpreisentwicklung im Augenblick nicht für erforderlich. Der Ausschuß hält es im Interesse des Wettbewerbes für erforderlich, daß an gewerbliche Händler und genossenschaftlichen Handel gleiche Rabatte gewährt werden, soweit sie die vorgeschriebenen Mindestmengen abnehmen."

Gräfenthal, Funktionärkonferenz.

Am 2. November 1930 tagten die Betriebsräte und Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes der Bezirkszahlstelle Gräfenthal in Taubenbach. 70 Kollegen und Kolleginnen hatten sich eingefunden, ein Beweis dafür, daß der Tagung großes Interesse entgegengebracht wurde.

Kollege Kohlschütter erstattete den Kassen- und Halbjahresgeschäftsbericht. Die Mitgliederzahl konnte trotz der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit um 30 Mitglieder gesteigert werden. Im übrigen wies der Geschäftsbericht eine umfangreiche Tätigkeit des Geschäftsführers nach. In der Diskussion wurden Lohn- und Arbeitszeitfragen behandelt, einige Betriebe aus den oberen Bezirken wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Trotzdem Kollegen und Kolleginnen aus den Betrieben entlassen wurden, werden Ueberstunden in großer Zahl verrichtet. Um den Unfug zu steuern, soll von nun ab in jedem einzelnen Fall die Gewerbeaufsicht benachrichtigt werden. Ein großes Hemmnis der Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes im hiesigen Bezirk sind die unorganisierten Heimarbeiter der Glas- und Porzellanindustrie, deren über 300 im Bezirk gezählt wurden.

Kollege Greiner sprach über Krankenversicherung (Notverordnung). Das Bedürfnis einer ausgiebigen Diskussion war vorhanden, ihm konnte aber wegen Zeitmangel nicht stattgegeben werden. Die Ausschußmitglieder der Ortskrankenkasse Gräfenthal bekamen allerhand Wünsche und Beschwerden mit auf den Weg. Kollege Kohlschütter erläuterte noch kurz das Arbeitsgerichtsgesetz. Ueber Gewerbeordnung und Betriebsrätegesetz sollen bei der nächsten Betriebsräteversammlung die Kollegen Stubenrauch und Franke sprechen.

Mit einem Appell an unsere Funktionäre, tatkräftig für den Verband Agitator zu sein, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Jugendleiterkonferenz in Jena.

Am 2. November fand eine Besprechung der in der Verbandsjugendarbeit tätigen Kollegen im Gau 8 statt. Vertreten waren 6 Zahlstellen mit 14 Delegierten. Leider waren eine Anzahl Zahlstellen, die sich doch sonst um die Jugendpflege kümmern, nicht vertreten. Unsere Jugendlichen müssen da einmal bei der Ortsverwaltung anfragen, woran das gelegen hat.

Die stattgefundene Besprechung über das Thema „Unsere nächsten Aufgaben" gab den Teilnehmern gewiß manche wertvolle Anregung. Die Gauleitung wurde beauftragt, in gemeinschaftlichen Sitzungen mit den in Frage kommenden Zahlstellenleitungen unter Hinzuziehung örtlicher Jugendvertreter den weiteren Auf- und Ausbau unserer Jugendbewegung unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse zu besprechen.

Ferner wurde ein Gaujugendtreffen im Sommer 1931 vereinbart. Das Treffen soll möglichst in Rudolstadt, evtl. in Ilmenau, stattfinden. Weitere Mitteilungen darüber erfolgen durch die Gauleitung.

Am Nachmittag besuchten die Teilnehmer das Zeiß-Planetarium. Immer und immer wieder ist man erstaunt über die Pracht und Gesetzmäßigkeit der Sternenwelt, die dem Besucher durch die wunderbaren Apparate der Firma Zeiß erschlossen wird. Schö.

Internationales

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

In der schnell zunehmenden Arbeitslosigkeit findet die gegenwärtige Wirtschaftskrise ihren schärfsten und empfindlichsten Ausdruck. Die wachsende Arbeitslosigkeit ist auch der Hauptgrund der allgemeinen politischen Beunruhigung. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bedeutet deshalb Gesundung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Es ist ein Kampf nach zwei Seiten, ein Kampf auf der politischen und der wirtschaftlichen Front. Um diese Tatsache mit aller Deutlichkeit in den Vordergrund zu heben, bildeten der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB.) und die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI.) nach verschiedenen vorbereitenden Schritten eine Kommission zur gemeinsamen Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit. Diese Kommission hielt am 27. und 28. Oktober in Köln ihre erste Sitzung ab. Den Beratungen, die abwechselnd von den Präsidenten der beiden Internationalen, de Brouckère (SAI.) und W. Citrine (IGB.), präsidiert wurden, wohnten folgende Delegierte und Sachverständige bei: W. J. Bolton (Großbritannien), Louis de Brouckère (Belgien), W. M. Citrine (Großbritannien) Jos. Compton (Großbritannien), W. Gillies (Großbritannien), Robert Grimm (Schweiz), H. Jacobsen (Dänemark), L. Jouhaux (Frankreich), B. Kautsky (Oesterreich), Th. Leipart (Deutschland), Fr. Naphtali (Deutschland), J. L. Smythe (Großbritannien), Fr. Spliedt (Deutschland) Fr. Adler, Sekretär der SAI., und W. Scheveneis, Sekretär des IGB.

Da es sich bei diesen Besprechungen zunächst vor allem darum handelte, den Teilproblemen des die ganze Wirtschaftsgestaltung beherrschenden Arbeitsproblems auf den Grund zu gehen, um nachher die wichtigsten unmittelbaren Forderungen zur Linderung der wachsenden Not der Arbeiterklasse in den Vordergrund zu heben, wurde ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das die eingehende und sofortige Behandlung in Unterkommissionen oder von Sachverständigen vorsieht:

Die zur Beratung der einzelnen Punkte eingesetzten Unterkommissionen und gewählten Sachverständigen nahmen ihre Arbeit unverzüglich auf. Die Vollkommission wird bereits Anfang Dezember wieder zusammentreten und dann endgültige Beschlüsse fassen.

Ein von der Kommission ausgearbeiteter und von der gemeinsamen Sitzung der Exekutiven der beiden Internationalen angenommener Vorbeschluß besagt u. a.:

„Die Kommission ist sich bewußt, daß das kapitalistische System, das für die heutige Krise verantwortlich ist, ihr ohnmächtig gegenübersteht und nicht imstande ist, wirksame Abhilfe zu schaffen. Zur Abwehr der schlimmsten Not lenkt die Kommission die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf folgende grundsätzliche Punkte:

Die Wirtschaftskrise, die in fast allen Ländern mit ungeheuerer Wucht wütet, hat mehr als 12 Millionen Arbeiter in Europa und in den Vereinigten Staaten Amerikas, sowie weitere Millionen in den anderen Weltteilen, zur Arbeitslosigkeit verdammt; sie bedroht das Lebensschicksal der gesamten Arbeiterschaft in einem früher nicht gekannten Maße. Der Fluch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das periodisch neue Krisen erzeugt, die geringe Stabilität des Friedens, die Vorstöße des Faschismus und andere politische Störungen, sind die Hauptursachen des gegenwärtigen Notstandes der arbeitenden Massen. Die herrschenden Klassen tun nicht nur nichts, um die Krisenfolgen für die Arbeiterschaft zu lindern, sondern tragen durch eine tolle Politik der Schutzzölle, durch ökonomischen Nationalismus und zahlreiche andere Maßnahmen noch zur Verschärfung der Notlage bei. Die Unternehmerklasse versucht, in Verkennung ihrer Verantwortlichkeit, die hohen Löhne als die Ursache der Krise auszugeben. Die Tatsachen widerlegen offen diese Behauptung: im Laufe der letzten Jahre ist der Lohnanteil an den Produktionskosten gefallen, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen fast eine Verdoppelung erfahren hat. Zynisch schlagen die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung vor, ohne sich um das furchtbare Elend zu kümmern, das auf diese Weise für die Arbeiterklasse entstehen würde. Gegen diese Angriffe des Unternehmertums muß die Arbeiterschaft in allen Ländern durch die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien den Abwehrkampf mit aller Kraft führen; mit der Abwehr gegen die soziale Reaktion muß sie ihren Kampf um die Versorgung der Krisenopfer und um die Verminderung der Arbeitslosigkeit verbinden. Hier liegen die dringlichsten Gegenwartsaufgaben im Rahmen des großen Kampfes der Arbeiterklasse zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung des Sozialismus. IGB. und SAI. gemeinsam rufen die Arbeiter in allen Ländern auf, die folgenden Forderungen mit Einsatz aller Energie zu vertreten, um den Druck der Krise zu überwinden und die Leiden der Opfer zu mildern:

1. Abwehr jeder Senkung des Reallohnes, da durch Verminderung der Massenkaufkraft die Zahl der Arbeitslosen weiter wachsen müßte.
2. Erhöhung der Massenkaufkraft und dadurch Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Bekämpfung der Maßnahmen kapitalistischer Wirtschaftsverbände, die die Anpassung der Preise von Fertigwaren an die gesunkenen Rohstoffpreise verhindern. Kampf gegen die künstliche Hochhaltung der Kleinhandelspreise gegenüber den gesunkenen Großhandelspreisen.
3. Einführung, Erhaltung und Ausbau einer hinreichenden Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Arbeitslosen.
4. Gerechtere Verteilung der Arbeitsgelegenheit während der Krise durch Verkürzung der Arbeitszeit. Zum Ausgleich der verschärften Anspannung der Arbeitskräfte in der rationalisierten Wirtschaft ist die dauernde gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit international anzustreben.
5. Um die politischen Quellen der Krisenverschärfung zu verstopfen, gilt es, alle Kräfte für die Sicherung des Friedens unter den Völkern zu mobilisieren durch die internationale Abrüstung, durch die allgemeine Streichung der Kriegsschulden, durch die Bekämpfung des Faschismus und der Diktatur, in welcher Form sie immer auftreten mögen, durch die Sicherung der Demokratie, die die Grundlage jeder sozialen und freiheitlichen Politik ist.

Literarisches.

August Ellinger: „Zehn Jahre Bauhüttenbewegung". 191 Seiten. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In Leinen gebunden 6 RM. Organisationspreis 4,50 RM. — Dieses Buch schildert kurz die Entstehung und Entwicklung des Verbandes sozialer Baubetriebe und der gesamten Bauhüttenbewegung. Es betont besonders, daß die Bauhüttenbewegung eine Folge des Willens der baugewerblichen Gewerkschaften ist, dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem im Baugewerbe ein System der Produktion entgegenzustellen das keine privaten Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel, Leiter der Produktion und Empfänger des Mehrwertes mehr kennt; das die Arbeiter und Angestellten durch ihre Gewerkschaften selber zu verantwortlichen Trägern der Wirtschaft macht und das deshalb zur praktischen Verwirklichung des Gedankens der Wirtschaftsdemokratie geeignet erscheint. Zur Zeit hat die Bauhüttenbewegung, wie das ganze Baugewerbe, unter der ungewöhnlich schlechten Bautätigkeit zu leiden. Bei der Stärke, die die Bewegung in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens erreicht hat, ist wohl zu erwarten, daß sie auch die jetzige Wirtschaftskrise überwinden und im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens einen weiteren Aufstieg nehmen wird.

Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1929. Ergebnisse der Tarifstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bearbeitet von Wladimir Woytinsky. 1. Sonderheft der „Gewerkschafts-Zeitung". Din A 4, 67 Seiten, Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 4,50 RM, Organisationspreis 3 RM. Das Heft enthält außer dem Vorwort, das die Grundlagen der neuen Statistik erklärt, zwei Teile. Der 1. Teil gibt eine textliche Darstellung des Tarifwesens der Gewerkschaften, der 2. Teil bringt Tabellen. Es werden die nachfolgenden Fragen untersucht: Bestand an Tarifverträgen. — Vertragsparteien. — Räumlicher Geltungsbereich der Tarifverträge. — Zahl der an den Tarifverträgen beteiligten Personen. — Zeit des Inkrafttretens der geltenden Tarifverträge. — Direkte Verhandlungen, tarifvertragliche und behördliche Schlichtung bei den Tarifabschlüssen. — Streiks und Aussperrungen bei den Tarifkämpfen. — Einleitung und Ergebnisse der Schlichtungsverfahren. — Annahme der Schiedssprüche. — Einleitung und Ergebnisse der Verbindlichkeitsverfahren. — Kündigungsfristen der geltenden Tarifverträge. — Die neue Statistik des ADGB. strebt an, das Tarifwesen, eines der wichtigsten Gebiete der gewerkschaftlichen Arbeit, einheitlich und systematisch zu durchleuchten. Die wertvolle Unterstützung, die der statistischen Abteilung des ADGB. von den Verbänden zuteil wurde, hat es ermöglicht, eine Menge von Erscheinungen auf diesem Gebiet klar und durchsichtig zu machen, über die bis jetzt unvollkommene Vorstellungen herrschten.

Die zur Zehnjahrfeier des Verbandes sozialer Baubetriebe erschienene Jubiläumsnummer der Sozialen Bauwirtschaft, des Organs der Bauhüttenbewegung, gibt auf 128 Seiten eine Fülle wertvoller Anregungen. Die 172 beigefügten Abbildungen von Bauhüttenarbeiten zeigen den gewaltigen Fortschritt der Bauhütten auf jedem Gebiet baugewerblicher Tätigkeit und vorbildlicher baugewerblicher Organisation. Die reich ausgestattete Sondernummer kann zum Preise von 4 RM von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bezogen werden.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137.

„Erkältungswetter" ist das Hauptthema für die November-Nummer der „Gesundheit", der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen und an den Kassenschaltern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes.

Verbandsnachrichten

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)

Zwei tüchtige **Formenmacher**, Vater und Sohn, beide perfekt im Drechseln und Stechen von Holzformen, suchen baldigst Stellung. Angebote an Rudolf Hering, Bautzen, Nordstraße 1 II, erbeten.

Zum sofortigen Eintritt wird ein äußerst flotter und tüchtiger **Blumenmaler**, welcher auch perfekt Fond spritzen kann, bei hohem Verdienst und Dauerstellung gesucht. Porzellan-Manufaktur August Wolff, Münster i. Westf. (49/30)

Wir suchen einen tüchtigen **Maler** für alle Dekorationsarten, insbesondere Handmalerei. Lübecker Porzellanfabrik in Lübeck, Dornestraße 48/58. (50/30)

Jugendburg Hohnstein.

Schon lange ist das Wandern nicht mehr allein des Müllers Lust, wie es in dem lustigen Liede heißt, sondern in unserer Zeit der Jugend Lust. Das macht einem Freude, wenn man Gelegenheit hat, zu sehen, wie Sonnabends und Sonntags die deutsche Jugend aus den Städten und Dörfern hinauszieht, um der Mutter Natur nahe zu sein. Draußen sind die jungen Menschen nachts nicht etwa den Unbilden der Witterung ausgesetzt, sie finden stets ein Unterkommen in oft reizenden Jugendherbergen und sonstigen Massenquartieren mit schützendem Dach über dem Kopf. Das Wandern im heutigen Umfange wäre wohl kaum möglich, wenn die Unterkünfte in den Jugendherbergen nicht geboten werden könnten. Die Entwicklung der Wanderbewegung und des Jugendherbergswesens gehen miteinander Hand in Hand. So muß es auch sein; denn einer hängt vom andern ab.

Wie bedeutungsvoll das Wandern und das Jugendherbergswesen geworden ist, läßt sich am besten kennzeichnen, wenn man einmal von einer Jugendherberge erzählt, was sie zu leisten imstande ist und welche Beachtung sie sich über Deutschlands Grenzen hinaus errungen hat.

Die Jugendherberge, von der wir berichten wollen, ist die Burg Hohnstein in der Sächsischen Schweiz. Sie ziert einen Felsgipfel im wildromantischen Polenzteil und ist das Ziel Tausender, die in das Elbsandsteingebiet wandern. Die Burg Hohnstein, die im Laufe der Jahrhunderte schon den verschiedensten Zwecken diente, wurde im Jahre 1924 dem Gau Sachsen des Verbandes Deutscher Jugendherbergen als Jugendburg überlassen. Damit hatte die Jugend noch keine Stätte, die sie beziehen konnte. Aus den alten vergitterten Räumen und Verließen mußten erst brauchbare Unterkünfte gemacht werden. Und als die fertig waren, fehlten die Einrichtungsgegenstände. Da hieß es tätig sein. Viele Helfer setzten ein, um aus der Jugendburg Hohnstein auch wohnlich zu gestalten. Städte, Körperschaften und Vereine übernahmen Patenstellen und stifteten Zimmereinrichtungen und brauchbare Dinge. Auf diese Weise kam eines zum andern, und im Laufe der Jahre hatte die Burg mehrere Hundert Betten und mehrere Hundert Schlafstellen zur Verfügung, so daß 1000 Personen eine Unterkunft finden können; auch Essen für billiges Geld wird abgegeben. Die Küche ist mustergültig eingerichtet und hat sogar laufendes Band. Sie kann an einem Tage mehrere Tausend Portionen Essen herrichten und verarbeiten. Wie beliebt die Burg als Wanderziel ist, geht daraus hervor, daß sich die Besuchsziffer von Jahr zu Jahr steigert; im vergangenen Jahr wurden 56 000 Personen gezählt, die dorthin kamen. An den Hauptreisetagen konnten schon 1700 Menschen in der Burg und im Dorf eine Bleibe über Nacht finden. Der Verkehr spielt sich reibungslos ab. Ungeschriebene Gesetze sorgen dafür. Trotzdem die extremsten Jugendgruppen auf der Burg Einkehr halten, gibt es keinen politischen Streit oder Auseinandersetzungen, die zum Bösen ausarten. Gegenseitige Achtung ist Gesetz.

Jugendburg Hohnstein (Sächsische Schweiz)

Die Jugendburg Hohnstein ist weltberühmt geworden, aus allen Staaten der Welt waren schon Abgesandte oben. Weltbekannte Persönlichkeiten haben ihr einen Besuch abgestattet und sich in die Fremdenbücher eingetragen. Alle beachten die Gebräuche. In diesem Jahr war zum Beispiel ein Jugendkursus aus Pennsylvanien mehrere Wochen auf der Burg, da reihten sich der pennsylvanische Unterrichtsminister und die Senatorin genau so in das Gemeinschaftsleben ein und verrichteten ihre Dienste wie der jüngste Kursusteilnehmer. Die ungeschriebenen Burggesetze, die nirgends angeschlagen sind oder aushängen, finden also internationale Anerkennung. Das kommt daher, weil auf der Burg ein Mann und eine Frau „regieren", denen man sich einfach unterordnen muß, ob man will oder nicht. Die „Burgmutter Hahnewald" und ihr „Burgkonrad" sind geschaffen für Hohnstein. Sie gehören dahin und zur Jugend, wie die Burg selbst. Jugend und Burg sind ihr Element, herzensfrische Gastlichkeit für jedermann ihr Ziel. Mit Humor, Vorbild und Güte lenken und leiten sie die springlebendige, schäumende und überquellende Jugend, von der so viele Menschen leichtfertig sagen, sie sei frech, ungezogen und naseweis. Pädagogen können bei Hahnewalds lernen, wie und womit man Jugend erzieht, ohne Standpauken zu halten und zu strafen.

Der Betrieb auf der Burg Hohnstein zeigt, wenn Persönlichkeiten mit Herz und Verstand eine gute Sache leiten, kann sie nicht fehlschlagen. Ich bin überzeugt, wenn Jugendliche ihre Ferien dort verbringen oder bei Kursen oder Tagungen eine Zeitlang auf Hohnstein verbringen, ist es für sie ein Erlebnis, das in der Erinnerung haften bleibt. Wer Gelegenheit hat, möge sich selbst überzeugen, ob das stimmt, was hier von der Jugendburg gesagt ist.

E. N.

Was ist Marxismus?

„Nieder mit dem Marxismus!" Das ist heute der Kampfruf einer ganzen Reihe von Parteien. „Nieder mit dem Marxismus!" So rufen am lautesten diejenigen, die sich die Beinamen „national", ja sogar „nationalsozialistisch" oder „völkisch" beilegen. Sie predigen, der Marxismus sei eine staats- und gesellschaftsfeindliche Denkweise, deren Praktizierung zur Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung und damit unfehlbar durch den Ruin alles Wirtschaftslebens zur allgemeinen Verelendung führen müsse. Der „Alte Dessauer", ein Stahlhelmblatt, trompetete gelegentlich in die Welt: „Der Marxismus bedeutet den Tod des deutschen Volkes und des deutschen Arbeitnehmers. Die Entproletarisierung und soziale Befriedung des deutschen Arbeiters ist nur durch die innere und äußere Befreiung zu erreichen ..." Denen, die so blödes Zeug reden, ist zu sagen: Ihr habt entweder vom Wesen des Marxismus keine Ahnung, oder ihr sagt bewußt die Unwahrheit, ihr lügt!

Der Marxismus ist eine Soziallehre, ausgearbeitet von Karl Marx und Friedrich Engels. Diese Lehre ist eine Darlegung der treibenden Kräfte in der Geschichte der Menschheit im allgemeinen und der modernen, von der kapitalistischen Produktion beherrschten Geschichtsperiode im besondern. Die marxistische Soziallehre stellt fest, daß die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zwar nicht allein, aber doch in letzter Linie bestimmt ist durch die Wandlungen in der Art und den Formen der Produktion und des Austausches der für die Erhaltung und den Genuß des Lebens erforderlichen Güter. Denn mit den Wandlungen der Produktion und den teils mit ihr verbundenen und teils durch sie bewirkten Verschiebungen in der

technischen und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gehen Hand in Hand mehr oder weniger bedeutsame Veränderungen in der Gliederung der Gesellschaft nach Klassen. Neue Gesellschaftsklassen erstehen und breiten sich aus. Bisher zurückgesetzte Klassen drängen im Bewußtsein ihres erzielten Wachstums und ihrer gestiegenen sozialen Bedeutung nach vorwärts und fordern eine Mehrung ihrer politischen Rechte, die ihnen einen Anteil an der Regierung, wenn nicht diese selbst in die Hand spielen soll. Sie stoßen dabei auf den Widerstand der an der Macht befindlichen Klassen, und es kommt zwischen beiden Gruppen zu Kämpfen um die Macht, die in früheren Zeitaltern selten ohne Blutvergießen zum Austrag gebracht wurden, in neuerer Zeit aber immer mehr unter Anwendung parlamentarischer Mittel geführt werden.

Die Tatsache dieser, seit der Bildung von Gesellschaftsklassen in immer neuen Formen sich abspielenden Kämpfe der Klassen verzeichnet das Kommunistische Manifest in der Einleitung mit dem Satze: „Die Geschichte aller menschlichen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen". Das Manifest behauptet damit nicht, daß die Geschichte keine andern als Klassenkämpfe kenne, und es gibt auch nicht der Forderung Ausdruck, daß Klassenkämpfe sein sollen. Unsinn. Das Kommunistische Manifest stellt nur eine Tatsache der Geschichte fest, für die es auch die Erklärung liefert.

Die Klassenkämpfe haben ihre bewegende Ursache in den Ungleichheiten von Besitz und Recht, und da die moderne bürgerliche Gesellschaft diese Ungleichheiten und die in ihnen wurzelnde Ausbeutung der Nichtbesitzenden durch die Besitzenden nicht beseitigt, sondern nur die Formen der Ausbeutung geändert hat, herrscht auch in ihr jener Gegensatz der Klasseninteressen, der Nichtbesitzende und Besitzende als Klassen immer wieder in zwei feindliche Lager gruppiert, zwischen denen Kampf in der einen oder andern Form stattfindet.

Als sozialistische Lehre schreibt der Marxismus keine spezifische Form dieses Kampfes vor. Er begreift und bezeichnet ihn als eine auf dem Boden der Gesellschaft der modernen kapitalistischen Wirtschaft mit Notwendigkeit sich entwickelnde Bewegung, deren geschichtliche Aufgabe die Arbeit ist für eine Gesellschaft ohne Beherrschung der Wirtschaft durch das Grundeigentum und den kapitalistischen Besitz, und ohne Ausbeutung der Besitzlosen durch die Inhaber der Produktionsmittel. Eine Aufgabe, die aber nur gelöst werden kann durch die gewerkschaftliche Organisation der modernen Arbeiterschaft und der in ähnlichen sozialen Verhältnissen wie sie lebenden Gesellschaftselemente und die Zusammenfassung der Bewegung in eine große politische Partei der Klasse. Dieser Gedanke des politischen Kampfes unter dem Gesichtspunkt der Klasse ist in Verbindung mit der Erkenntnis, der Marx in seinem Vorwort zu seinem Riesenwerk „Das Kapital" Ausdruck gibt, nämlich „daß die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation ein naturgeschichtlicher Prozeß" ist, das entscheidende Merkmal dessen, was man mit Recht Marxismus nennen kann. Naturgeschichtlich bedeutet hier organisch, das heißt im bestimmten Grade der Willkür entzogen.

Keine noch so große Macht kann mit der größten Gewaltanwendung an die Stelle einer gegebenen Gesellschaftsordnung eine andre durchführen, für welche die materiellen und geistigen Vorbedingungen noch nicht genügend entwickelt sind. Keine kann aber auch auf die Dauer die Fortentwicklung zu einer höheren Gesellschaftsform aufhalten, ohne dem großen Ganzen die größten Schäden zuzufügen. Und die höhere Gesellschaftsform, der die gegenwärtige Gesellschaft entgegengeht, ist eben, das hat Marx auf Grund streng wissenschaftlicher Untersuchung der sozialen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise unwiderleglich nachgewiesen, die sozialistische Gesellschaft. Sie ist eine Gesellschaft ohne Beherrschung der Wirtschaft durch das Grundeigentum und den kapitalistischen Besitz, ohne Ausbeutung der Besitzlosen durch die Inhaber der Produktionsmittel. Auf diese Weise gibt der Marxismus der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft und ihren Mitkämpfern aus andern Gesellschaftsschichten, die sie gegen den Verfall in Entmutigung ob zeitweiliger Rückschläge schützende Gewißheit auf den Weg, daß ihrem Kampf für eine Gesellschaftsordnung, die der Herrschaft des Besitzes ein Ende macht, die Zukunft gehört. Zugleich liefert er den Kämpfern den Maßstab für das jeweilig auf dem Gebiete radikaler Sozialpolitik Mögliche und Zweckmäßige, und sichert sie dadurch gegen die Verleitung zu abenteuerlichen Experimenten, die radikal scheinen, aber, weil ohne Rücksicht auf Durchführbarkeit unternommen, nutzlose Opfer verursachen und mit Notwendigkeit reaktionär wirken.

Der Marxismus ist die wissenschaftliche Grundlage jeder den Tatsächlichkeiten auf materiellem und geistigem Gebiet gerecht werdenden sozialistischen Politik. In höherem Grade und strengerer Durchführung als jede andre sozialistische Doktrin ist er organische Entwicklungstheorie. Er lehrt, daß der Entwicklungsgang der Menschheit ein durch die Natur und die Entwicklung ihrer Produktionsmittel und Produktionsmethoden bedingter organischer Vorgang sei, und zeigt mit dem Nachweis von der Notwendigkeit der Entwicklung zum Sozialismus dadurch zugleich auch die Möglichkeit eines Vollzuges dieser Entwicklung auf organischem, das heißt unblutigem und von der Zerstörung freiem Wege. (S. Pk. im „Korrespondent".)

Mehr Wirtschaftlichkeit bei der Hausarbeit.

Der Gedanke der Rationalisierung, d. h. der Bestgestaltung des menschlichen Wirtschaftens und Arbeitens hat auch vor dem Reiche der Hausfrau nicht halt gemacht. Ein wie weites Feld dieses in seiner Bedeutung oft unterschätzte Reich umschließt, zeigt schon allein die Tatsache, daß wir in Deutschland mehr als 15 Millionen Haushaltungen (Familien-, Einzel- und Anstaltshaushalte) „in Betrieb" haben. In diesen Hauswirtschaftsbetrieben wird Tag für Tag, Jahr für Jahr ein kaum übersehbares Maß von Arbeit geleistet, werden bedeutende Mengen von Produktionsmitteln investiert, wird der Hauptteil der Konsumgüter verwaltet und verbraucht, für deren Hervorbringung der ganze weitverzweigte Apparat moderner Technik und Wirtschaft letzten Endes bestimmt ist. Wenn es nicht gelänge, diesen bedeutenden Witschaftsfaktor „Hauswirtschaft" in die Rationalisierungsbewegung mit einzubeziehen, so müßte allen Bestrebungen, die auf eine Hebung des Wirkungsgrades der Gesamtwirtschaft bedacht sind, ein Enderfolg versagt oder doch außerordentlich erschwert bleiben.

Mit Recht hat man daher die Hausfrau z. B. zur Mitwirkung an der Normung aufgerufen. Auch sie soll dazu beitragen, eine vielfach gänzlich überflüssige und unwirtschaftliche Mannigfaltigkeit auf dem Markte der Gegenstände des täglichen Bedarfs (z. B. der Haus- und Küchengeräte, des Kochgeschirrs usw.) zu bekämpfen. Ist der Haushalt der Hauptverbraucher dieser Waren, so ist die Hausfrau sein Zentraleinkäufer. In der Tat können ohne ihre Einsicht und ohne den Einsatz ihrer, d. h. der Hausfrau wirtschaftlichen Machtstellung als Verbraucher, Hersteller und Handel bei der notwendigen Vereinheitlichung dieser Waren nicht zum Ziele kommen. Das gleiche gilt von der Mitwirkung der Hausfrau an der Ordnung der Warenmärkte durch die Schaffung einheitlicher Lieferbedingungen, Bezeichnungsvorschriften und Prüfverfahren (z. B. für Leinen, Scheuertücher, Lederwaren usw.).

Erfreulicherweise kann man eine wachsende Mitwirkung der zentralen und örtlichen Hausfrauenvereine bei der Lösung dieser Aufgaben, wie sie beim Deutschen Normenausschuß (DNA.), beim Reichsausschuß für Lieferbedindungen (RAL.) sowie beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW.) durchgeführt werden, feststellen. Die Hausfrauen werden ihren Vorteil daraus ziehen in Form der gesteigerten Sicherheit, gute und brauchbare Waren in zweckmäßigen Abmessungen und Ausführungen bei gesicherter, nachprüfbarer Qualität zu erhalten. Sie tragen gleichzeitig dazu bei, Preissteigerungen in Handel und Herstellung zu vermeiden und schließlich einer wohlfeilen Deckung des Bedarfs die Wege zu ebnen. Wobei sie durch ihre Mitwirkung — und das ist sehr wichtig — am besten verhindern, daß in diesen Dingen etwa lebensfremde Entscheidungen an grünen Tischen gefällt werden.

Es ist zu wünschen, daß immer weitere Kreise der Hausfrauen in diese Bewegung einbezogen werden. Denn die Rationalisierung der Hauswirtschaft ist zum nicht geringen Teil eine Aufklärungs-, Erziehungs- und Unterrichtsfrage. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Abteilung Hauswirtschaft beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit an die Ausarbeitung eines hauswirtschaftlichen Lehrdienstes herangegangen, der unter Benutzung eines reichhaltigen Bildmaterials „sprechfertige" Vorträge bringt. Diese werden im ganzen Reiche bei hauswirtschaftlichen Veranstaltungen der Hausfrauenvereine als Lehrmaterial in den hauswirtschaftlichen Schulen usw. willkommen sein.

„Die Normung in der Hauswirtschaft", einer dieser Vorträge, wirbt z. B. um das Verständnis der Hausfrau für die oben skizzierten Normungsbestrebungen. Die Hausfrau zu einer zielbewußten und dem Ziel der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragenden Einkäuferin zu machen, ist die Absicht einer weiteren Arbeit „Ratschläge und Winke für die Auswahl von Kochgeschirr und Zubehör". Vom Gesichtspunkt der Hausfrau als Einkäuferin aus werden Material, Form, Verwendungszweck, Behandlung und Preise von Küchengeräten, insbesondere von Kochgeschirr erörtert. Weitere Vorträge werden auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit rationeller Wärmewirtschaft im Hause aufmerksam machen. Hier werden weiterhin praktisch brauchbare Vorschläge für richtiges Heizen und richtige Feuerungstechnik in Ofen und Herd gemacht. Die beiden erstgenannten Vorträge werden demnächst erscheinen.

Bereits fertiggestellt (und beim RKW., Berlin NW 6, Luisenstr. 58/59, III, zum Preise von 50 Pf. zu beziehen) ist ein Vortrag „Hausarbeit leicht gemacht", der sich mit Arbeitserleichterungen für die Hausfrau durch zweckmäßige Körperhaltung beschäftigt. Hier wird von der arbeitsphysiologischen Seite her an die täglich wiederkehrenden hauswirtschaftlichen Verrichtungen wie Waschen, Aufwischen, Wäscheaufhängen, Plätten, Kartoffelschälen, Teppichreinigen usw. herangegangen. Es soll gezeigt werden, wie die Verausgabung von Energie durch richtige Körperhaltung sowie durch die Auswahl zweckmäßiger Geräte vermindert werden kann. Muß man sich denn unbedingt Waschtag für Waschtag auf eine zu niedrig gestellte Waschwanne herabbücken? Kann die Hausfrau sich nicht vielmehr der durch das Krummstehen beschleunigten Ermüdung zum Teil durch zweckmäßige Körperhaltung entziehen? Kann man wirklich nur im Stehen plätten? Muß man sich wirklich dem hygienischen und physiologischen Nachteil des ermüdenden Stehens in dem Maße aussetzen, wie das heute vielfach noch der Fall ist? Haben Sie schon einmal daran gedacht, daß man sich auch das Kartoffelschälen durch geeignete Anordnung des Arbeitsplatzes und der benötigten Arbeitsgeräte wesentlich erleichtern und vereinfachen kann? Der Erörterung und der richtigen Beantwortung solcher und ähnlicher Fragen, die sich der schaffenden Hausfrau aufdrängen, ist der genannte Vortrag (von G. Billwock) gewidmet. Der Vortrag ist bereits erstmalig vor der Gruppe Hauswirtschaft beim RKW. probeweise gehalten worden. Die Aussprache, die sich im ganzen Reiche an diese Vorträge anschließen wird, soll dazu beitragen, auch auf dem Gebiete der Hauswirtschaft eine lebendige Gemeinschaftsarbeit in Rationalisierungsfragen in Gang zu halten.

Die Frauen und Mädchen dürfen dabei nur das eine nicht übersehen: Mit dem Abschneiden des eigenen Zopfes ist es nicht allein getan. Wohl müssen sie damit ihre große Bedürfnislosigkeit abstreifen und sich deshalb höhere Löhne erkämpfen, damit sie den höheren Lebensaufwand bestreiten können. Aber es gilt auch, die besonders den Frauen zugedachten wirtschaftlichen Zöpfe abzuschneiden. Diese wirtschaftlichen Zöpfe sind: die Frauen und Mädchen bekommen bei gleicher Arbeitsleistung niedrigere Löhne. Sie werden also als geringwertigere Menschen betrachtet. Ihnen ist damit der Stempel besonderer Minderwertigkeit aufgedrückt. Aus dieser Ueberlieferung ist ein Gewohnheitsrecht geworden, das die Arbeitgeber weidlich ausnützen. Soll das immer so bleiben? Nein! Die Frauen dürfen diesen beschämenden Zustand nicht für die Ewigkeit als von Gott gegeben hinnehmen. Sie müssen gleiches Recht in jeder Beziehung verlangen. Mit dem Verlangen ist es auch nicht allein getan, sie müssen sich das vorenthaltene Recht erkämpfen.

Bisher waren im wirtschaftlichen Kampf meist die Männer führend. Das muß anders werden. Die Frau nimmt im Erwerbsleben eine immer wichtigere Stellung ein. Sie ist nun verpflichtet, sich mehr und mehr die organisatorische Macht in den Gewerkschaften zu schaffen, um mit deren Hilfe ähnliche Erfolge zu erringen wie bei ihrer gesellschaftlichen Befreiung. Die Niederringung der wirtschaftlichen Reaktion ist nicht so leicht wie die der gesellschaftlichen, aber mit Mut, zielbewußter Energie und einheitlich starkem Kampfeswillen werden auch auf wirtschaftlichem Gebiete Siege erfochten.

Bubikopf, hellfarbige Strümpfe und kurze Röcke haben die Befreiungsbewegung der Frau eingeleitet, die Beseitigung der Ungleichheit im Wirtschaftsleben muß sie krönen. Ed. Win.

Der Bubikopf, ein Zeichen des Fortschritts!

„Mädel, wenn du dir einen Bubikopf schneiden läßt, darfst du mir nicht mehr ins Haus", drohte kürzlich ein Vater seiner zwanzigjährigen Tochter. „Nur die Straßenmädchen tragen kurzgeschnittene Haare", setzte er verächtlich hinzu. Da mischte sich auch die Mutter in die Auseinandersetzung und sagte: „Der Herr Pfarrer predigte am Sonntag auch wieder von der Kanzel herab gegen die Unsitte des Zopfabschneidens, der kurzen Röcke und der hellfarbigen Strümpfe beim Weibervolk." „Du solltest dich schämen, diese unanständige Mode mitzumachen", setzte sie mahnend hinzu. Damit war die Sache entschieden. Die Tochter bekam die gewünschte Einwilligung nicht.

In dieser Weise wird in mancher Familie der Kampf gegen die neue „Mode" geführt. Viele Pfarrer ziehen entrüstet von den Kanzeln gegen sie ins Feld, wenn auch vielfach zwecklos. Und die Spießer machen gegen sie am Biertisch mobil. Es ist ein sonderliches Heer, ausgerüstet mit stumpfsten Geisteswaffen, das den Kampf gegen den Fortschritt führt. In den schwärzesten Gegenden Deutschlands gilt das ungeschriebene Gesetz, daß z. B. in Geschäften Verkäuferinnen mit Bubikopf nicht beschäftigt werden dürfen, damit der gute „Ruf" des Geschäfts nicht darunter leidet, und in den großen Biervertilgungsstätten der bayerischen „Ordnungszelle" darf sich keine Bedienung erlauben, mit Bubikopf ihre Arbeit zu tun. Dös gibt's ned, würde ihr zur Antwort gegeben, wenn sie sich's erlaubte. Dunkle Strümpfe und halblanger Rock ist erlaubt, aber mehr nicht.

Wer gar einmal Gelegenheit haben sollte, Spießern bei Erörterung des Themas Bubikopf zuzuhören, würde erstaunt sein, was da an „Geist" zutage gefördert wird. In Amerika ham die Weiber allzamm scho wieder lange Haar, ist die bekannteste Weisheit, die dort zum besten gegeben wird. Wenn dann keine Einfälle mehr kommen, geht das Schimpfen los. Am lautesten ziehen natürlich die „besseren Herren" vom Leder, deren Frauen selbst einen Bubikopf haben. Sie tun das deshalb, damit sich die „Fabrikmenscher" mit dem Zopf von den „besseren Damen" unterscheiden. Abstand muß doch sein. Die kurzen Röcke und die hellfarbigen Strümpfe kommen bei diesen Gesprächen viel besser weg als der Bubikopf. Bei kurzen Röcken „sieht man was". Darüber regen sich allerdings die Geistlichen und ihr treuer Anhang auf, von wegen der bedrohten Sittlichkeit.

Aber alles Schimpfen und Zetern hilft den Spießern, Rückschrittlern und Moralschnüfflern nichts, die neue „Mode" marschiert. Sie marschiert deshalb, weil Bubikopf, hellfarbige Strümpfe und kurze Röcke gar keine richtige Modeerscheinung sind, sondern eine gewaltige Befreiungsbewegung im Interesse der Frau der ganzen Welt. Kein Staat der Welt auf halbwegs kulturellem Stand ist davon verschont geblieben, und in ganz kurzer Zeit dehnte sich die Bewegung fast über die gesamte Erdoberfläche aus. Jahrhundertealte bewährte Hindernisse, aufgetürmt gegen die geistige Entwicklung der Frau, wurden vielfach spielend überwunden, stark drosselnde Fesseln abgestreift und politische Freiheit errungen. Mit dem Abschneiden des eigenen Zopfes vollzogen die Frauen eine Tat, die ihresgleichen in der Weltgeschichte sucht. Es sei nur auf die Frauen in den mohamedanischen Ländern hingewiesen, die Jahrhunderte hindurch nur verschleiert über die Straße gehen durften und hinter vergitterten Fenstern ihr Leben verbrachten. Auch in einem Teil der Staaten, in Japan, in China, haben sich viele Frauen dadurch ein großes Stück Freiheit errungen, mit dem auch ein weiterer Aufstieg der Völker verbunden sein wird.

Welche Fette haben den größten Nährwert?

Die halb unbewußte Bevorzugung bestimmter Nahrungsmitel beruht gewöhnlich auf alter Erfahrung über ihren wirklichen Wert, und man kann auch oft den gezahlten Durchschnittspreis als Wertmesser eines Nahrungsmittels im Vergleich zu anderen annehmen. Unter den Fettarten hat bekanntlich die Butter den höchsten Preis, und neuere Untersuchungen haben ergeben, daß sie in frischem Zustande nicht nur einen hohen Wohlgeschmack, sondern auch hohen Gehalt an lebenswichtigen Ergänzungsstoffen (Vitaminen) besitzt. Damit ist ihr Wert aber noch nicht erschöpft; seit einigen Jahren befaßt sich ein japanischer Gelehrter, J. Ozaki von der Universität Tokio, mit der Prüfung des Nährwertes der Fette. Da die japanische Ernährungsweise von der unsrigen verschieden ist und die japanische Landwirtschaft wegen der geringen Verbreitung der Milchkühe dort kein großes Interesse am Butterabsatz hat, gewinnen seine Feststellungen natürlich einen besonderen Wert. Durch Versuche an Ratten hat Ozaki ermittelt, daß die Butter annähernd den doppelten Nährwert wie Schweinefett besitzt: eine bestimmte Butterabgabe an die Versuchstiere ergab eine Zunahme von 141 Gramm, durch die gleiche Menge Schweinefett wurden nur 80 Gramm Zunahme erzielt. Damit steht die Butter an der Spitze aller zur menschlichen Ernährung verwendeten Fette. Am nächsten kommt ihr merkwürdiger Weise das wenig verwendete Rüböl, das immerhin 130,5 Gramm Zunahme hervorrief. In weiterem Abstande erst bewährten sich andere Fette: Lebertran, hauptsächlich als Vitaminquelle hoch bewertet, ergab 112 Gramm Zunahme, Olivenöl — der Buttererfatz im Süden — 114 Gramm, Baumwollsamenöl noch 101 Gramm, dagegen Rindertalg nur 96 Gramm und Sardinenöl 76 Gramm Zunahme. Der wirkliche Geldwert der Fette läßt sich danach leicht berechnen, wenn man die Butter als Berechnungsgrundlage wählt. Rindertalg müßte dann um etwa 50 Proz. billiger sein, Schweinefett wäre nach seinem Nährwert mit ungefähr 60 Proz. des Butterpreises bezahlt.

Ob die normal sind?

Sorgen haben die Frauen! Vor einiger Zeit hatte der „Uhu" eine Rundfrage an eine Anzahl von Schauspielerinnen gerichtet über die Schönheitsmittel, die sie verwendeten. Carola Neher, die Witwe des Dichters Klabund, nimmt rohe Eier für die Haare, Fett für die Stirn. Anny Mewes verrührt das Gelb eines Eies mit einem Löffel Olivenöl. Olivenöl ist ihr Hauptmittel, für spröde Hände, für harte Haut usw. Fürs Haar mischt sie vier Eigelb mit sorgfältig gereinigter Zitrone. Maria Solveg legt eine dünne Schicht frisches Eiweiß auf das Gesicht, und ihr Mann, der Tänzer Ernst Matray, fächelt sie ihr trocken. Dann kommt eine zweite Schicht darauf und schließlich wird alles mit reiner — Schlagsahne abgewaschen. Der Teint würde dadurch sauber, hell, frisch. Für die Wimpern benutzt sie abwechselnd kondensierte Milch und reines Olivenöl.

Man muß sich wundern, daß die Frauen den Mut haben, diese Dinge anzugeben. In Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftsnot, Lebensmittel auf diese Art zu vergeuden, ist ein starkes Stück. Ob die Frauen eine Ahnung von den Nöten der Arbeiterfrauen haben?

UNTERHALTUNG u. WISSEN

Vorher — Hernach.

Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

XX.

Am 25. November, mittags gegen 1 Uhr, überschritt Andreas, der mit Masella an der Spitze ging, die deutsche Grenze. Ein feiner Regen sprühte. Doch das Gefühl, Heimaterde unter den Füßen zu haben, stimmte beide froh. Und als ein Pfarrer im langen, schwarzen Rock mit einem „Grüß Gott!" ihrem Gruße dankte, sahen sie sich beide vergnügt in die Augen.

„Hast du das noch einmal erwartet?" fragte Masella.

„Ich habe nichts mehr erwartet", gab Andreas leise zur Antwort. „Denke nicht, daß aus mir eine Wehleidigkeit oder markierter Lebensüberdruß spricht. So ist's nicht. Aber ich habe keine Hoffnungen mehr. In den Jahren ist mir vieles klarer geworden. Man mußte einsehen, daß manchem guten Wollen Grenzen gesetzt sind. Früher glaubte ich noch wie Jaschu Honschorech: Kindlich, unbeirrbar, ohne Zweifel. Heute . . ." Andreas hielt inne. Mit der Hand machte er eine Geste der Hoffnungslosigkeit. Dann zuckte er die Achseln.

„So ist es nicht, mein Lieber", widersprach Masella. „Schwerer ist's sicher geworden. Doch eins laß dir sagen: Du hast alles am verkehrten Ende angefangen. Du hast zu allem geschwiegen und gewartet. Höchstens deinem alten Opa Jaschu hast du tolle Worte gesagt. Sonst . . ."

„Und?"

„Geh in die Bewegung!"

„Deine Partei?"

„Etwas anderes gibt es nicht für dich und deine Absichten."

„Ich sehe nicht durch die Dinge."

„Schön! Ich weiß, du mußt immer erst einen Umweg machen. Tu's meinethalben. Du kommst doch dorthin, wo du um deiner Ziele willen, den Worowoern zu helfen, hinkommen mußt."

„Jeder geht seinen vorgezeichneten Weg."

Sie gingen nun schweigsam nebeneinander her. Das Regiment quartierte zum ersten Male in einem deutschen Dorfe. Es gab Zeitungen und Mitteilungen durch die Quartiergeber über die Vorgänge der letzten Wochen, von denen niemand etwas wußte.

— — — — — — — — — — — — —

Eigentlich war es recht schwer, sich aus den Erzählungen und den täglichen Zeitungen ein rechtes Bild von dem zu machen, was in der Heimat vor sich gegangen war. Man bekam einzelne Teile, Gefärbtes und gewollt und ungewollt Entstelltes zu hören. Die Bauern und Kleinstädter berichteten Entsetzliches aus den größeren Städten. Die Kieler Matrosen, die erst in jeder größeren Stadt die Revolution zum Ausbruch gebracht haben sollten, wurden zu sagenhaften, unverwundbaren Siegfriedsgestalten. Am wenigsten war für die Fronttruppen die Haltung der Offiziere in der Heimat verständlich.

Zwar wurde bei der Fronttruppe von den Offizieren auf der Stelle getreten, aber man wahrte doch wenigstens das Gesicht. Nicht wenige Offiziere standen bei den Mannschaften in hohem Ansehen. Das waren die, die draußen im Graben Schneid und persönlichen Mut und dazu kameradschaftlichen Geist bewiesen hatten.

Es schien, als sei der Glaube an das Alte, bisher Verehrte und Angebetete, wie ein Kartenhaus in sich selbst zusammengestürzt. Verächtlich sprach jeder vom Kaiser und dessen Fahnenflucht. Vom Kronprinzen wurden die hanebüchensten Dinge erzählt. Gierig hörten Frauen und Mädchen zu, wenn in ziemlich unverblümter Sprache die Wissenden in den Quartieren von dem Luderleben in Charleville erzählten.

„Was hat sich da unsereins um des lieben Vaterlandes willen alles versagt", platzte einmal eine stämmige Bauernfrau in eine solche Erzählung hinein und wurde dann tief rot, als Andreas lange seinen nachdenklichen Blick auf ihr ruhen ließ.

Es schmerzte eine alte, unverheilte Wunde tief drinnen. Er stand auf und ging auf die Straße, die, vom Novemberregen voller Pfützen stehend, wenig einladend für einen nachdenklichen Gang dalag. Wie lange noch? Und dann mußte auch für ihn Klarheit werden. Doch was sich Jahre hindurch, verschlossen und oft nur im Traum wach werdend, ertragen ließ, wurde plötzlich unerträglich, zerrte an den Nerven und beschwerte die Gedanken. Gerade das tagelange Marschieren, das stumpfsinnig machte, gewährte den Grübeleien freies Feld. Selbst das aufwühlende Neue, das in immer neuen Wendungen und mit immer neuen Verbrämungen an das Ohr hallte, vermochte nicht, die Sinne voll gefangenzunehmen. Stets blieb Raum für Selbstquälereien, Zweifel und gaukterische Träume. Wenn jetzt nicht der Weg ostwärts gegangen wäre, hätte das Verlangen nach Gewißheit die Pflicht besiegt.

— — — — — — — — — — — — —

Bonn.

Man schrieb den 2. Dezember.

„Wenn ich mir ein rechtes Bild machen kann", sagte Masella zu Andreas, „scheint's im Osten mulmig zu sein. Ich glaube, ich bin daheim nötiger als hier."

„Was willst du tun?"

„Ich lasse mich abschieben."

„Es kann sich nur noch um Tage handeln", entgegnete Andreas. „Im Hessischen soll die Auflösung erfolgen."

„Warte ich nicht mehr ab."

„Dann bleibe ich auch nicht mehr."

„Gut! Dann gehen wir beide zur Schreibstube."

Feldwebel Knaak machte große Augen, als er die Wünsche der beiden erfuhr.

„Ich werde mit dem Major sprechen", sagte er mit Bedenken.

„Ich will vorschriftsmäßig entlassen werden", erinnerte nochmal Masella. „Als alter Gewerkschaftler laß ich mir einmal später nicht nachsagen, ich wäre wie Wilhelm bei Nacht und Nebel von den Kameraden getürmt."

Auch der Kompanieführer versuchte es mit einigen Worten.

„Wozu?" fragte Masella.

„Sie haben ja recht: Ob heute oder morgen oder in acht Tagen, ist gleich. Und daheim wird man sicher gebraucht. Sie haben Weib und Kind. Ich bin erst zweiundzwanzig und [illegible] von den Dingen nichts . . . Nun wollen wir uns aber anständig die Hand zum Abschied geben. Korrekt bis zum Schluß!"

„Auf Wiedersehen!" sagten beide gedankenlos.

— — — — — — — — — — — — —

Sie erreichten Köln und am 3. Dezember Berlin.

Dort trennten sich ihre Wege. Sie drückten sich fest die Hand und sahen sich stumm an.

„Leb wohl!" sagte bewegt Andreas. „Schenk mir auch in deiner Heimat ein gutes Gedenken."

„Ich werde mehr an dich denken, als du glaubst. Du machst mir Sorge. Leb wohl, Andreas!"

Der Zug fuhr aus der Halle.

„Einer der ganz, ganz Wenigen, die mir geblieben sind", ging es Andreas durch den Sinn und er ließ im Gehen die lange Reihe der Gebliebenen, Verlorenen, Entschwundenen in Gedanken vorüberziehen. Ein Frösteln kroch den Rücken entlang. Er faßte nach dem eisernen Geländer, das die kurze Treppe begleitete, und schloß einen Augenblick die Augen. „Warum? . . . Warum?"

„Aufpassen!" schrie ihn jemand an.

Hastig lief er die Treppen hinunter. Vor dem Bahnhofe ließ er sich den Weg nach dem Schlesischen Bahnhof sagen. Irgendein Berliner Kamerad mit einer roten Binde am Arme gab ausführlich und witzig Bescheid. Andreas fand sich zurecht. Nur das Menschengewühl auf den Straßen bereitete ihm Unbehagen. Am liebsten wäre er jetzt durch stille, verlorene, mondbeglänzte Kleinstadtstraßen gegangen.

„Am Mühlbachsteig!" dachte er.

Dann mußte er über sich selbst lächeln.

— — — — — — — — — — — — —

Am Bahnhofe stellte Andreas fest, daß gegen Mitternacht ein D-Zug nach Breslau fuhr, der im Morgengrauen sein Ziel erreichte. Gegen Abend ging ein Personenzug, der die ganze Nacht hindurch fuhr und nur eine halbe Stunde vor dem Schnellzug eintraf.

„Nur losfahren!" sagte er zu sich selbst. „Der Heimat näherkommen. Wie, ist gleich. Das nutzlose Warten hier ist gräßlich."

Er setzte sich auf dem Bahnsteige auf eine Bank und sah neugierig in das Treiben, Hantieren, Wichtigtun, Fahren und Kommen. Die Zeit verging entsetzlich langsam. Die Bahnhofswache störte ihn im Nachdenken.

„Lausig dicken Tornister hat du mitgebracht, Kamerad!"

Andreas begriff nicht recht, ob die Bemerkung eine Frage, Drohung oder Anerkennung darstellen sollte. Er nickte nur.

„Aufmachen!" sagte ein schnauzbärtiger Soldat mit roter Binde.

Andreas schwoll die Ader auf der Stirn. Dann glättete sich sein Gesicht und ein leichtes Lächeln kroch in die Mundwinkel.

„Ach so!" gab er zur Antwort. „Ich bin einer mit reinen Fingern."

Er öffnete den Tornister.

„Bücher und Vollgeschriebenes und übliches Gelumpe!" sagte der Schnauzbärtige enttäuscht. „Biste Schornaliste oder so wat?"

„Tischlergesell!" belustigte sich Andreas.

„Wohin willste?"

„Breslau."

„Usinger! . . . Na, da macht den Großagrariern da unten etwas Feuer unter die Frackschöße."

Endlich kam schnaufend und dampfprustend der Zug. Ueberfüllt. Andreas ging von Abteil zu Abteil. Nirgends gab es ein freies Plätzchen. Zuletzt stieg er aus Trotz in ein volles Abteil, weil ihm in unfreundlichster Weise zugerufen wurde: „Hier geht niemand mehr hinein!"

Ein schwitzender Kamerad mit mächtigem Tornister und zwei Brotsäcken, der ebenfalls ein Plätzlein suchte, kam atemlos vorüber.

„Hier herein, Kamerad!" rief ihm Andreas zu. „Hier ist Platz genug!"

„Ueberfüllt!" schrie wütend ein junger, elegant gekleideter Bursche. Er versuchte die Tür zuzuziehen.

„Ein altes Frontschwein sitzt auch im Gange auf seinem Tornister immer noch besser als im wassergefüllten Trichter."

Er half dem keuchenden Kameraden mit einem mächtigen Schwunge in den Wagen und stieg hinterdrein. Dann machten sich's beide recht bequem. Im Abteil saßen nur junge Burschen, Frauen und Mädchen. Verärgert zog der Bursche, der am Fenster saß, die Beine ein, um nicht mit Andreas zusammenzustoßen. Die beiden Soldaten verständigten sich durch Zwinkern. Dann legten sie los.

„Aus Frankreich"? fragte Andreas.

„Somme!"

„Wohin?"

„Nur bis Guben."

„Entlaust?"

Andreas stieß ihn unbemerkt mit dem Fuße. Der andere zwinkerte vergnügt mit den Augen.

„Seit einem Vierteljahre nicht. Alles fürs Vaterland!"

„Ich hab' zwar einen Entlausungsschein, aber der ist vom letzten Urlaub", lachte Andreas. „Ich habe einfach aus dem 14. 1. einen 14. 11. gemacht!"

„Das sollte gar nicht geduldet werden", empörte sich der junge Bursche in der Ecke zu seinem Gegenüber, einem ebenfalls sehr jugendlichen Menschen.

„Ein Frontsoldat kann doch nichts dafür", warf ein junges Mädchen, das neben dem ersten Burschen saß, dazwischen.

„Das ertragen sie doch alle für uns, die Soldaten."

„Es soll so sein!" stimmte Andreas zu.

(Fortsetzung folgt.)

Der Trick mit dem Marienkäferchen.

Von Andreas Nagy.

Diese Geschichte erzählte Milosch Lokitsch seinen Freunden:

Die „Feria" war ein kleines Nachtlokal in einem Seitengäßchen des Boulevard Clichy. Sie hatte die Eigenart, daß ihre Besitzer, ihr Kellner, ihre Tanztruppe und die Armee ihrer geldgierigen weiblichen Dämonen spanischer Herkunft waren. Ihre „Damen" waren gelbhäutige Andalusierinnen mit rabenschwarzem Haar und blitzenden Augen. Dieser Frauentyp besitzt nicht für einen roten Heller Weiblichkeit und ist doch unerhört verführerisch durch die Art seiner Kopfbewegung, das feurige Spiel der Augen, den wilden, sinnlichen Tanz. Ihre spärlichen Reize verstehen diese Frauen ins rechte Licht zu setzen.

Diese ganze spanische Gesellschaft bestand aus entflohenen Revolutionären, die auch hier irgendeine komische Ordnung bewahrten, denn ich bemerkte, daß der Kellner freigebigen Zechern oft mit solcher Befehlshabermiene zuflüsterte, wie Generäle mit gemeinen Soldaten zu sprechen pflegen.

Hier machte ich die Bekanntschaft des Herrn „Redakteurs". Ich muß ihn so nennen, da ich seinen Namen bis heute nicht kenne. Er war ein kleiner magerer Mensch mit langer, krummer Nase, breiter, dicker Hängelippe und krausem schwarzem Haar.

Er selbst erwähnte oft, daß von mütterlicher Seite maurisches Blut durch seine Adern flösse. Er behauptete, einer seiner Ahnen sei ein maurischer Fürst gewesen. Ich weiß nicht, ob das stimmte. Aber sein Benehmen hatte etwas Ungezwungenes, sozusagen Aristokratisches. Im übrigen gab er eine kleine, monatlich erscheinende Zeitung heraus, die von den intimen Familienangelegenheiten der hierher versprengten Revolutionäre berichtete, und die er selbst schrieb, setzte und druckte, in einem kleinen Mietskämmerchen, droben am Gipfel des Montmartre. So viel ist sicher, daß dieser harmlosen Zeitung wegen der König von Spanien ruhig in seinem Himmelbett den Schlaf der Gerechten schlafen konnte.

Aber ich will nicht um alles in der Welt schlecht von ihm sprechen, denn er war wirklich ein netter Junge und mir ein väterlicher Wohltäter. Ich hatte damals keinerlei Einkünfte und wäre ohne ihn sicher Hungers gestorben. Aber er schleppte mich jede Nacht in irgendeine fröhliche Gesellschaft; da konnte ich mich dann für den Tag vollfressen und -saufen. Damals erwarb ich mir diese interessante biologische Erfahrung, daß der Mensch auch von Hummer und Champagner existieren kann, wenn nichts anderes da ist.

Eines Nachts war in der „Feria" ein großes Theater. Ein neuer Emigrant war gekommen, dessen Taschen voll guter, heimatlicher Peseten steckten. Ueber solche Leute fiel der ganze Heuschreckenschwarm gewöhnlich her. Sie ließen so lange nicht locker, bis sie den Ankömmling zu sich herab nivelliert hatten.

Bis zum frühen Morgen dauerte das Gelage, dann begaben wir uns zu zweit, mit dem Herrn Redakteur, in den Bois zu einem kleinen Morgenspaziergang. Wir leisteten beide etwas im Trinken, aber es war uns dennoch angenehm, unsere Schädel ein wenig auszulüften. Wir suchten einen unbelebten Weg des [illegible] auf, streckten uns dort im Grase aus und sonnten unsere Bäuche. Nichts bereitet mir solche Glückseligkeit, wie, wenn ich mir nach einer ausgiebig durchschwärmten Nacht im sonnigen Grase wälzen kann. Ich bin [illegible] der Natur.

Ich weiß nicht, wie lange wir so gefaulenzt hatten, vielleicht schlummerten wir auch zwischendurch, plötzlich aber sah ich, daß zwei Reiter sich uns auf dem Pfad näherten und vor uns haltmachten. Sie bemerkten uns nicht; stiegen ab, banden die [illegible] flüchtig an einen Baumstamm und setzten sich auf eine Bank.

Es waren ein junger Mann und eine Dame. Sie hatten gewiß kein galantes Stelldichein. Der Junge war eine richtige Alcibiades-Figur, stark, schlank, gepflegt und so elegant wie der Prinz von Wales. Aber wenn der Junge als Mann so wirkte, erschien die Dame noch außerordentlicher. Solche Frauen können nur in jenen Feenpalästen entstehen in der Gegend des Parks Monceau, deren Tiefe die neidischen Blicke unbemittelter Fußgänger niemals erblicken können. Der Junge mochte gerade etwas Nettes gesagt haben, denn die Dame warf ihren herrlichen Kopf in den Nacken und lachte glockenhell auf. Dieses Lachen lief mir über das Rückenmark wie das Trillern einer Harfe. Erbittert flüsterte ich dem Redakteur zu:

„Der Teufel hole die beiden, daß sie sich gerade hierher setzen mußten! Als ob der Boulogner Wald nicht groß genug wäre! Ich begann mich schon ganz wohlzufühlen, und jetzt verfliegt meine ganze Laune."

„Kümmere dich nicht um sie!" — knarrte der Redakteur und wälzte sich auf die andere Seite.

„Mich nicht um sie kümmern! Leicht gesagt!"

Wenn ich eine solche Frau sehe, dann fällt mir plötzlich meine ganze Not ein, und ich fühle mich erniedrigter als der letzte Wurm! Ich glaube, daß diese Frau nur darum geschaffen wurde, damit den Armen ihre Armut noch heftiger zum Bewußtsein kommt.

Der Redakteur gähnte.

Ich erwiderte zornig:

„Das ist keine Frau! Das ist eine Herausforderung, eine Ohrfeige, die aus armen Teufeln rasende Jakobiner macht. Wenn ich so eine Frau sehe, erstarrt mein Herz zu Eis bei dem Gedanken, daß sie nie die meine sein kann! Nicht einmal soweit kann ich es je bringen, von solch einer als Mensch angesehen zu werden! Nie werde ich es erleben, daß sie von mir Notiz nimmt! Sieh dir diesen geschniegelten Affen an, wie intim er sich zu ihr neigt, man sieht, daß alles nur von ihm abhängt, wenn er will, kann er sie umarmen, küssen — ich aber muß daran denken, daß ich nie im Leben auch nur den Saum ihres Kleides berühren darf! Da können mir die Leute lange von Gleichheit und Brüderlichkeit quatschen!"

Der Redakteur richtete sich ein wenig auf und sagte verachtungsvoll:

„Du machst wirklich aus einem Floh einen Elefanten. Wenn ich will, küsse und umarme ich sie, punktum!"

Ich grinste sehr über solche Vermessenheit. Das Antlitz des Redakteurs verdunkelte sich jäh, und seine Augen blitzten drohend. Diese Spanier sind sehr schnell wütend.

„Schau her!" — sagte er.

Er sprang auf und ging ohne Schwanken auf die Bank zu, ehe ich ihn zurückhalten konnte. Ich erstarrte fast vor Angst. Der kleine Kerl kümmerte sich gar nicht um den sportlich durchtrainierten jungen Mann, warf sich über die Dame, umarmte sie und küßte sie wild auf den Mund.

Ich schloß unwillkürlich die Augen, um nicht zu sehen, was nun folgen würde. Die Dame kreischte, und der junge Mann griff in die hintere Hosentasche nach dem Revolver. Ein Mord schien mir unvermeidlich.

Es wurde auch einer, aber nicht so wie ich glaubte. Ehe noch der junge Mann losdrücken konnte oder auch nur zu zielen imstande war, fiel der Redakteur steif zu Boden, wie ein Holzklotz und rührte sich nicht mehr. Der junge Mann beugte sich zu ihm nieder, versuchte seine Gliedmaßen zu bewegen, aber es war nicht ein Funken Leben mehr in ihm. Den hatte der Schlag getroffen.

Der wundervollen Frau klapperten die Zähne, ihr Gesicht wurde gelb unter der Schminke, sie war eher häßlich in diesem Augenblick als schön. Der junge Mann kratzte sich den Kopf, klopfte mit seiner Reitgerte gegen seine Stiefel, dann sagte er etwas zur Dame, band die Pferde los und ritt mit seiner Begleiterin davon. Vermutlich hatten sie Grund zur Eile, um nicht mit der Polizei in nähere Konflikte zu geraten.

Jetzt ging auch ich zu ihm hin. Mit glanzlosen Augen starrte er in die Sonne, sein Profil stach scharf hervor, seine Kinnladen waren herabgesunken — er war eine regelrechte Leiche. Ich warf mich über den steifen Körper und schluchzte aus [illegible]em Herzen. Umsonst. Mir war er ein guter Freund gewesen, und diese, seine letzte, freche Tollkühnheit, die sein jähes Ende verursacht hatte, brachte ihn mir noch näher.

Als ich mich gut ausgeweint hatte, fiel mir ein, daß man die Polizei benachrichtigen müßte, aber nach kurzer Ueberlegung gab ich meine Absicht auf. Es war ja sicher, daß ich in keinerlei Verdacht geraten konnte, bei so eindeutiger Situation. Aber wenn ich auch nur als Zeuge vernommen werden sollte, ein amtliches Verfahren war doch ein amtliches Verfahren, man mußte sich ausweisen, Papiere wurden verlangt, man wurde gefragt, wieso und weshalb man in Paris sei, welchen Beruf man ausübte, wovon man lebte, und das waren lauter Fragen, auf die ich im Augenblick nicht mit der nötigen Unbefangenheit hätte antworten können.

Ich überlegte mir also die Sache. Die Leiche zog ich vom Wege fort in den Schatten einer Akazie, heulte noch eine Strophe herunter, nahm rührend Abschied und machte mich dann aus dem Staube. Hier würde man ihn ohnedies finden und von Amts wegen bestatten, ihm konnte das jetzt gleich sein. Dem Armen. Hätte er alles gewußt, er würde es mir bestimmt nicht verübelt haben, daß ich mich nicht weiter in diese Angelegenheit verstrickte.

(Schluß folgt.)

Verlag: Hermann Grützel; verantwortlich für den Inhalt: Erwin Renninger; beide Charlottenburg, Brahestraße 2—5. Druck: C. Jantzewski, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.